

# Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich  
Erscheinung 42 Bl. +  
Botenlohn = 2.20 M.  
monatlich 2,15 M., 1  
gebührenlos Willkomm.  
Sammlungsbogen 6 Bl.  
Mietzelle ober deren Ra.  
Sonderbeilagen um 8 Uhr; an den Kiosken am Tage vorher bis 12 Uhr.

**für Schlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Kreutzberg Straße 50, Fern-  
sprecher 4302. **Beilagenredaktion:** Breslau  
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Kreutzberg Straße 50 (Hinter-  
haus). Fernsprecher 439 02. **Sprechzeit der Redaktion:** Montag 9-16  
Freitag von 17-18 Uhr. — **Geschäftsamt:** Breslau. — **Ver-  
lag:** Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreutzberg  
Straße 50, Fernsprecher 4302.

**Vor neuem Lohnangriff des Breslauer Magistrats / Siehe 2. Seite**

## Internationaler Kampf

### gegen nationalistische Verheerung, drohende Kriegsgefahr und Versailler Raub- und Unterdrückungssystem

#### An das werktätige Volk in Deutschland und Polen!

den gemeinsamen Feind, das kapitalistische System und gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande zu stärken.

**Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter u. Bauern!**

Die unterzeichneten Parteien wenden sich an euch in erster Stunde. In Deutschland und Polen wurde und wird von den Regierungen, den nationalistischen und reformistischen Organisationen eine chauvinistische Gehe entfaltete, die sich zum Ziel setzt, die Werktätigen vom revolutionären Klassenkampf gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem abzuhalten und die Massenempörung in das Fahrwasser des nationalen Hasses, des Militarismus und offener Kriegsprovokationen zu lenken.

Auf diese Weise will die Bourgeoisie beider Länder das in seinen Grundfesten erschütterte kapitalistische Herrschaftssystem vor dem Sturm der heranwachsenden proletarischen Revolution retten. Auf diese Weise will die Bourgeoisie die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zur Beschaffung von Arbeit und Brot für die hungernden Millionen verbergen und durch verschärften faschistischen Terror den immer höhere Formen annehmenden revolutionären Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen in Deutschland und Polen erlösen. Die

#### nationalistische Verheerungspolitik der deutschen und polnischen Bourgeoisie

hat die schärfsten Formen in den Grenzgebieten Oberschlesiens, Schlesiens, Pommerns, Ostpreußens und Danzigs angenommen. Jeder Tag zeigt, daß das Versailler Raubsystem, das Osteuropa zerrißt und zerstört, eine Quelle immer neuer Kriegsgefahren bedeutet.

Auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze brodeln die wüsten chauvinistische Kriegsverheerung. Es finden Manöver von Armee und Polizei statt, in den Städten Luftmanöver, Gasübungen und ähnliche Maßnahmen, die der Schaffung einer Kriegs-ideologie, einer Stimmung wie im Juli 1914 dienen sollen.

Kein Monat vergeht, in dem der polnische Imperialismus nicht einen neuen Vorstoß, eine neue Provokation gegen Danzig, gegen Ostpreußen, an der Grenze von Pommern unternimmt. In dem er sich nicht einer neuen Schandtat der blutigsten Unterdrückung deutscher Bevölkerung in Ost-Oberschlesien, einer neuen Strafexpedition gegen die ukrainische und weißrussische Bevölkerung, eines neuen jüdischen Pogroms schuldig gemacht. Kein Monat vergeht, indem nicht in Deutschland Regierungsvertreter, Führer der Faschisten und der Sozialdemokratie die Ansprüche Deutschlands auf Rüstungsalleinheit und Kolonien, allgemeine Wehrpflicht, Panzerkreuzer und Bombenflugzeuge anmelden.

Der ganze Chor der nationalistischen Kriegsempfeiler ist sich darin einig, daß beide kapitalistischen Staaten den

#### Ausweg aus der Krise auf Kosten der Werktätigen Deutschlands und Polens

und auf Kosten unseres sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion, die sie unter den Imperialisten aufteilen wollen, suchen müssen. Der Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR. dienen die polnischen Okkupationsgelüste gegen Danzig, ebenso wie die geheime Verhand-

lungen zwischen Deutschland und Frankreich. Der ganze Chor ist sich in der Grundmelodie seines Singsanges einig: Kriegspolitik gegen den Bolschewismus! Interventionsabsichten gegen die Sowjetunion!

In dieser ersten Stunde wenden sich die Kommunisten Deutschlands und Polens an alle Arbeiter und Werktätigen ihrer Länder!

### Wir appellieren an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder

in Deutschland und Polen, sich unserer Einheitsfront zum Kampfe gegen Kriegsgefahr, Faschismus und Versailler Raubsystem anzuschließen!

Wir fordern die Arbeiter und Werktätigen auf, sich mit uns zum Kampfe gegen die nationalistischen, faschistischen und reformistischen Organisationen, die in beiden Ländern die Massen belogen und betrogen haben, zu vereinen.

Wir fordern die Werktätigen Deutschlands und Polens auf, den Gedanken des internationalen Zusammenschlusses und Kampfes gegen

#### Es gibt nur einen Weg zur sozialen und nationalen Befreiung

für die Arbeiterklasse und die Werktätigen Deutschlands und Polens: die Beseitigung des Kapitalismus, den Sieg der Arbeiterklasse, verbunden mit den armen Bauern, die Arbeitermacht im Bündnis mit der Bauernschaft und den Aufbau des Sozialismus nach den Grundsätzen der siegreichen Oktoberrevolution und dem heldenhaften Beispiel der russischen Bolschewiki.

Die KPD. und die KPP. erklären feierlich vor allen Völkern der Welt, daß die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland und Polen den Versailler Raubvertrag und alle imperialistischen Verträge in bezug auf Oberschlesien, den Korridor und Danzig für null und nichtig erklären wird.

Die kommunistische Partei Polens erklärt ihre volle Solidarität und aktivste Unterstützung für den heldenhaften Kampf des deutschen Proletariats unter Führung der KPD. gegen Versailler Verflechtung, soziale und nationale Unterdrückung. Die KPP. kämpft gegen die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung im faschistischen Polen, für das Selbstbestimmungsrecht Oberschlesiens und des Korridors bis zur Lostrennung vom polnischen Staat gegen die imperialistische Annexionspolitik der faschistischen Pilsudski-Regierung gegenüber Danzig.

Arbeiter und Werktätige! Tragt diesen Appell weiter in alle Betriebe, unter alle Arbeitslosen, in alle Kontore und Kaufhäuser, in alle Dörfer!

#### Schließt euch zusammen unter den Losungen:

**Nieder mit dem kriegshekerischen polnischen und deutschen Nationalismus!**

**Es lebe der proletarische Internationalismus!**

**Es lebe der gemeinsame Kampf des deutschen u. polnischen Proletariats gegen Hunger, Faschismus und Krieg!**

**Nieder mit der nationalen Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Ost-Oberschlesiens durch den polnischen Imperialismus!**

**Kampf dem Versailler Raubvertrag — für das volle Selbstbestimmungsrecht von Oberschlesien!**

**Es lebe die Arbeiter- und Bauern-Republik Deutschland!**

**Es lebe Sowjet-Polen!**

Januar 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens.

Wir begrüßen die Beschlüsse und Aufrufe der Einheitskomitees in Schlesien, Oberschlesien und Ostpreußen zur Einberufung gemeinsamer Kampfkongresse gegen die imperialistische Kriegsgefahr und fordern alle Arbeiter und Bauern in Deutschland und Polen auf:

## Rüstet zum Freiheitskongreß am 29. Januar

Polen, Oberschlesien, Schlesien, Ostpreußen, Danzig

### Betriebe, Stempelstellen, entsendet Delegierte und faßt Resolutionen!

# Vor neuem Lohnangriff des Breslauer Magistrats

Geheime Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und Magistrat — Kollegen! Man will euch die Ausgleichszulage von 6 Pfennig pro Stunde rauben und die Arbeitszeit von 44 auf 48 Stunden pro Woche erhöhen! — Hunderte Arbeiter sollen dadurch brotlos werden — SWP-Stadtrat Schramm als Einpeilscher des Lohnabbaues — Macht alle Gemeindebetriebe, die letzte Abteilung kampffertig!

Breslau, 24. Januar. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, haben in den letzten Tagen Lohnverhandlungen mit den Vertretern des Reichs-Kommunalen Arbeitgeberverbandes und des bezirkslichen Arbeitgeberverbandes einerseits und den Vertretern des Magistrats der Stadt Breslau andererseits stattgefunden. Es wurde über den Wegfall der Ausgleichszulage von 6 Pfennig pro Stunde und die Erhöhung der Arbeitszeit von 44 auf 48 Stunden pro Woche verhandelt. An den Verhandlungen nahmen als Vertreter des bezirkslichen Arbeitgeberverbandes der SWP-Stadtrat Schramm teil.

Gemeindegewerkschaften! Die Verhandlungen, die geheim geführt und fortgesetzt werden sollen, sind ein Alarmzeichen für den letzten Kollegen ohne Unterschied der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit. Warum? Weil alle Gemeindegewerkschaften mit ihren Familien ein Hungerdasein führen. In letzter Zeit ist euer Lohn um durchschnittlich 15 Mark pro Woche gekürzt worden. Ein weiterer Lohnabbau erfolgte durch die Erhöhung der Bürgersteuer. Und jetzt will man euch den Lohn um 6 Pfennig pro Stunde kürzen! Weiter will der Magistrat durch die Erhöhung der Arbeitszeit mehrere hundert Gemeindegewerkschaften auf das Straßengpflaster werfen.

Gemeindegewerkschaften! Der Magistrat als Arbeitgeber will euch mit seinem geplanten Anschlag überumpeln. Der SWP-Stadtrat Schramm, der das Arbeiter-Tageblatt verwalte, und mit dieser Eigenschaft die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen hätte, steht in der Front derjenigen, die euch den großen Lohn erneut senken und mehrere hundert Arbeiter brotlos machen wollen. Die reformistische

und christliche Gewerkschaftsbürokratie, die bestimmt von den Verhandlungen unterrichtet ist, hat bis heute zu diesem geplanten Anschlag gegen euch noch nicht Stellung genommen. Mit ihrer Taktik des Abwartens verfolgt sie das Ziel der Verhinderung der Kampfmobilisierung der Breslauer Gemeindegewerkschaften. Der Anschlag des Magistrats und die Taktik der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie muß im Interesse der Gemeindegewerkschaften und ihrer Familien durchkreuzt werden. Kollegen, das ist aber nur möglich, wenn ihr sofort in Abteilungsversammlungen zu dem geplanten Lohnabbau Stellung nehmt und in all den Versammlungen Delegationen wählt mit dem Auftrag, sofort bei Magistrat vorstellig zu werden, und die bindende Erklärung von ihm fordern, daß der alte Lohn weiter gezahlt wird. Bei Ablehnung einer bindenden Erklärung müßt ihr sofort in einberufenen Abteilungsversammlungen Kampfausschüsse wählen und Kampfbeschlüsse fassen.

Die bevorstehenden Betriebsratwahlen müssen im Zeichen der Mobilisierung der Delegierten zur Verhinderung jeden Unternehmerrückschlages stehen. Deshalb müssen auch die Breslauer Gemeindegewerkschaften in allen Betrieben die Aufstellung von Einheitslisten beschließen, und solche Kandidaten zur Wahl stellen, die bereit sind, für eure Kampfordernungen einzutreten. Die bevorstehende Ortsverwaltungsverwaltungswahl im Gesamtverband muß gleichfalls zur Stärkung der revolutionären Positionen benutzt werden. Die gewerkschaftlich organisierten Gemeindegewerkschaften müssen dafür sorgen, daß jede wählbare Gewerkschaftsfunktion von revolutionären Massenossen besetzt wird.

## „Ein Sieg der Massen“

Die bürgerliche Presse, die sonst nicht genug gegen uns Kommunisten gesehen kann, ist auf Grund des riesigen Aufmarsches der Hunderttausende, die am Sonntag dem Ruf der Kommunistischen Partei gefolgt waren, gezwungen, die Nazipresse und den großen Erfolg der Antifaschistischen Aktion zuzugeben. Selbst Hugenbergs „Montag“, der natürlich gegen uns Kommunisten heßt, muß zugeben, daß einschließlich aller Blüffisten „Schätzungsweise“ 16 000 Mann an der Nazidemonstration teilgenommen. Die Zahl ist sicher stark übertrieben. An der eigentlichen Friedhofsfelers waren nur 800 Personen beteiligt.

„Demonstrationen gegen Regierung und Polizei“

Das „12-Uhr-Blatt“ schildert die Vorgänge am Sonntag folgendermaßen:

„Es herrscht bereits dicke Luft. Ein Stadtviertel ist in Bewegung, ist in nur mühsam verdrängter Erregung... Blüffisten bilden sich kleine Haufen und demonstrieren gegen die Regierung und Polizei. Ehe sie ankommt, sind die Demonstranten wieder auseinander geschwärmelt...“

Die Gegend um das Karl-Liebknecht-Haus gleich einem Heerlager der Polizei...“

In Bügen mit umflorten Fahnen ziehen die Nazis heran. Doch ihr klingendes Spiel geht oft in dem wüsten Geschimpfe, mit dem sie von den Straßenspassanten empfangen werden, unter. Pfeifen, Johlen, Hurras, Nieder-Rufe gegen Nationalsozialisten — Hüllenlärm herrscht in Berlins Straßen...“

Die „Montagspost“ schreibt:

„Immer wieder bildeten sich Gruppen und Sprechchöre, die Nieder-Rufe auf die SA-Leute, auf die Schützlinge der Polizei, auf die Regierung ausbrachten, die die „Internationale“ anstimmten und die ihnen verdächtig erscheinende Personen anhielten und verprügelten. Kam ein Auto, das mit Braunhemden besetzt war, durch die engen, dicht bevölkerten Straßen, um das abgesperrte Gebiet des Bülowplatzes zu erreichen, so gab es jedesmal turbulente Szenen. Man suchte es anzuhalten, und oft gelang es, die Insassen herauszuzerren und zu verprügeln, noch ehe die Polizei einschreiten konnte.“

Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter demonstrieren gemeinsam.

„Die Welt am Montag“ schreibt:

„Der provokatorische Aufmarsch der braunen Truppen am Bülowplatz hat die Folge gehabt, die zu erwarten war; von der arbeitenden Bevölkerung, gleichviel ob es sich um Kommunisten oder Sozialdemokraten handelt, ist sie als glatte Provokation aufgefaßt worden...“

Berlin hat seit dem Bestehen der Republik ein solches Polizeiangebot, eine solche Finanzspruchnahme sowie in schwerem Dienst stehender Beamten noch nicht erlebt wie am Sonntag, als die Nationalsozialisten es sich in den Kopf gesetzt hatten, unter dem Schutz der staatlichen Bajonette am Bülowplatz mit der Front gegen das Karl-Liebknecht-Haus aufzumarschieren... Mühte es nicht eigentlich Herrn Weidner zu denken geben, daß in fünf, sechs und zehnjähriger Front Tausende stehen und die Hand zum Rot-Front- oder Freiheit-Gruß erhoben? ...“

Ein Sieg Hitlers und seiner Verbündeten? Nein, ein Sieg der Massen.“

## Die Blamage der Nazis

Sogar das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ schreibt in seiner Abendausgabe vom 23. Januar:

„Die Nationalsozialisten werden sich rühmen, sie hätten im roten Viertel Berlins „unbehindert“ demonstrieren können. Wer diese Demonstration mit anfang, weiß, daß das nicht wahr ist. Denn die SA-Leute zogen zwischen Mauern von Polizeibeamten, geschützt durch tausende Polizeikarabiner, durch menschenleere Straßen. Sie „demonstrieren“ vor den Polizisten, vor leeren Bürgersteigen und toten Häuserfronten. Sie „eroberten“ eine geräumte Stadt. Sie konnten sich auf dem Platz vor dem Liebknecht-Haus sammeln und zum Nikolaifriedhof marschieren, weil der Platz und die Straßen leer waren, weil ihnen die Polizei mit Gummiknüppeln und Karabinern den Weg gebahnt hat. Diese Demonstration war keine Heldentat, sondern eine Blamage.“

## Siegreicher Stempelstreit in Silberberg

### Zehprozente Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erkämpft

Silberberg, 23. Januar. Die in den Stempelstreit getretenen Erwerbslosen haben einen Kampfsieg errungen. Die Unterstützung wird um 10 Prozent erhöht. Der Streit ist nur unterbrochen worden. Der Erwerbslosenausschuß arbeitet fieberhaft weiter, um den Kampf erneut für die übrigen Forderungen der Erwerbslosen aufzunehmen.

In Schönwalde bei Silberberg ist ein Erwerbslosenausschuß gebildet worden. Die dortigen Erwerbslosen haben sich das Kampfprogramm von Silberberg zu eigen gemacht.

## Neue Taktiken des Döhlke-Standal

Im Haushaltsausschuß des Reichstages am Freitag, dem 20. Januar, sind neue Taktiken bekannt geworden, wie die sogenannte Döhlke von der Schleicher-Regierung dazu benutzt wird, um die Kriegsgüter bankrotter Krautjunker zu sanieren und den Großgrundbesitzern Millionen von Mark als Kredite und Subventionen zuzuschütten. Der Gutbesitz von Frau Hermine von Hohenzollern ist saniert worden. Der Krautjunker von Flemming-Baagje hat neben den Sanierungszuschüssen noch 100 000 Mark Kredit erhalten. Ein gewisser Freiherr von Wolff ist Leiter der Landstelle Stettin für die Döhlke und erzielte für sich die Erreichung eines hohen Entschuldungsbarabens.

Ein gewisser Regierungsdirektor von Flügge, dessen Gut vollkommen verschuldet ist, wird von der Döhlke saniert, während er gleichzeitig als Rechtsanwalt eines bekannten Industriellen hohe Privat Einkünfte hat.

Ein gewisser Professor Ernst ließ sich sein Luxusgut aus der Döhl-

hilfe sanieren und gleichzeitig seine Mietschulden für eine Berliner Poliklinik bezahlen.

Das Gut Arnberg des Grafen v. Kallstein wurde nach der Sanierung versteigert, wobei das Reich 50 000 Mark verloren hat. Das Gut ist erworben worden von einer gewissen Gisele v. Kallstein, welche es dann verstanden hat, ebenfalls 100 000 Mark aus den Staatskassen herauszuholen.

Das Gut des Herrn von Weich im Kreise Wehlau ist mit 260 000 Mark Umschuldungshypothek und 55 000 Mark Zuschlag saniert und dann versteigert worden. Der Staat verliert das Geld und hat gleichzeitig der neuen Besitzerin einer Verwandten des Herrn von Weich weitere 10 000 Mark zugesichert.

Gleichzeitig wird die Döhlke benutzt, um einen großen staatlichen Apparat aufzuziehen, der Hunderttausende von Mark an Gehältern usw. erfordert. So erhält z. B. ein Kommissar, der an der Spitze einer Landstelle zur Durchführung der Umschuldung und des Vollstreckungsschutzes steht, 22 000 Mark Gehalt pro Jahr. Dazu kommen die Gehälter der zahlreichen anderen Angestellten usw.

Dies zeigt es sich wieder treffend, wie die Regierung Millionen von Mark zur Verfügung hat, um die Krautjunker zu sanieren und ihnen auf Kosten des werktätigen Volkes ein Leben in Saub und Braus zu gestalten. Auf der anderen Seite gehen Zehntausende von kleinen Bauern und Siedlern vor die Hunde, und neun Millionen Menschen in Deutschland müssen nicht, wo sie das Geld hernehmen sollen, um ein Stückchen Brot zum Stillen ihres Hungers zu kaufen. Die Arbeiterklasse, im Bunde mit den Kleinbauern, muß ihre Kraft steigern, um den Kampf gegen die faschistische Schleicher-Regierung zu organisieren.

## Leipart gegen die antifaschistische Einheitsfront in den Betrieben

### Reichsbetriebsrätekonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer

Am 22. Januar, als die braunen Terrorgruppen Hitlers an dem vollständig besetzten Karl-Liebknecht-Haus vorbeimarschierten, tagte in Berlin eine vom ADGB- und IGL-Vorstand einberufene Reichsbetriebsrätekonferenz, die einen neuen Schluß der ADGB-Führer gegen die antifaschistische Einheitsfront in den Betrieben darstellte. Leipart hielt eine Rede gegen die antifaschistische Einheitsfront des Kampfes, er fordert, daß nur die von der Gewerkschaftsbürokratie jantionierten Kandidaten gewählt werden sollen. Er heßt gegen die kommunistischen Arbeiter und nannte als Forderung für die Betriebsräte wahlen u. a. die Forderung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich. Es zeigte sich klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden will, um in den Betrieben das Zusammenkommen der Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus zu verhindern.

Auf dem Betriebsrätekongreß des ADGB waren 400 ausgesuchte Betriebsräte aus dem Reich anwesend. Im Referat forderte Nörpel vor allem eine Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte auf zwei Jahre und wandte sich scharf dagegen, daß „Parteilichkeit“ in die Betriebsräte getragen werde. Jeder, der auf einer Einheitsliste kandidiert, muß aus den Gewerkschaften geworfen werden. Die Diskussion bestand aus einer einzigen Kommunistenhebe. Leipart selbst hatte zu Beginn der Tagung das Stichwort gegeben, indem er aufbotete, sich vor allem zu dem von der Opposition erhobenen Vorwürfen über die Faschisierung der Gewerkschaften zu äußern. Die Betriebsräte als Führer im Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerrückschlag, sondern ausschließlich mit der Organisation der Betriebsräte gegen die oppositionellen Massenossen. In der angenommenen Entschliegung wird über die Kampfmaßnahmen der Betriebsräte kein

Wort gesagt. Auch diese Entschliegung richtet sich ausschließlich gegen die Opposition.

Diese Betriebsrätekonferenz muß die Arbeiterklasse damit beantworten, daß sie in allen Betrieben gegen den Willen der SPD- und ADGB-Führer die Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnabbau und Faschismus herstellt und der Vorbereitung der Betriebsräte wahlen alle Kräfte widmet. In jedem Betrieb eine oppositionelle Gewerkschaftsliste oder Einheitsliste, auf der Grundlage der Einheitsfront des Kampfes.

## Schleicher plant „Staatsnotstand“

### zur Verschärfung der faschistischen Diktatur

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtber.) Reichskanzler von Schleicher hatte gestern eine längere Aussprache mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, die sich nach den Mitteilungen in den bürgerlichen Blättern um die Frage drehte, ob nach Auflösung des Reichstages Neuwahl durchgeführt werden soll oder nicht. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, sind bei der Schleicher-Fasch-Regierung starke Bestrebungen im Gange, den sogenannten „Staatsnotstand“ zu erklären und überhaupt keine Wahl mehr auszusprechen. Die „Schwerindustrieelle Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt bereits ganz offen:

„Nun daher mit dem Reichstag nicht regiert werden, dann muß es eine Zeitlang ohne Reichstag gehen. Hier entsteht für Hin-

denburg die schwerwiegende Entscheidungsfrage im Sinne seines Verfassungsbeides, doch einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Es ist die Pflicht des Reichskanzlers und der Reichsregierung, die geeigneten Mittel zur Überwindung dieses Gewissenstonsittes vorzuschlagen.“

Damit ist der Sinn und Zweck des „Staatsnotstandes“ ziemlich klar umschrieben. Er ist eine Steigerung der faschistischen Staatsaktion vom 20. Juli 1932, zur verstärkten Unterdrückung der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Die „Deutsche Zeitung“, die seit Wochen Tag für Tag nach dem Verbot der SPD schreibt, erklärt jetzt, daß der „Staatsnotstand“ ein solches Verbot zur Folge haben würde und daß dann eine „starke Regierung“ die Möglichkeit habe, „dem Verbot der SPD ein solches der Sozialdemokratie folgen zu lassen.“

Die Arbeiterklasse muß den Sinn und Zweck des geplanten „Staatsnotstandes“ sofort erkennen und handeln, damit verhindert wird ein neuer 20. Juli, der nur eine Steigerung der faschistischen Staatsaktion gegen das arbeitende Volk sein kann. Die arbeitenden Massen müssen sich noch viel enger um die kommunistische Partei scharen und sie gegen die Angriffe der herrschenden Klasse verteidigen. Die Gegenlundgebungen am Sonntag in Berlin gegen den Nordfaschismus haben erneut bewiesen, daß die Sache des Kommunismus die Sache des arbeitenden Volkes ist. Mit den Gegenlundgebungen am Sonntag wurden die Sturmwochen des Antifaschismus eröffnet. Wir müssen auch in Schlesien und Oberschlesien sofort mit der Organisation und Durchführung der Sturmwochen in den Betrieben und Stempelstellen beginnen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und GewerkschaftsKollegen müssen begreifen, daß „Staatsnotstand“ neuer Lohnabbau, neue Massensteuern, neue Hungerzölle, verstärkter faschistischer Mordterror bedeuten. Deshalb dürfen sie nicht die Anweisungen der Leipart, Weis und Co. befolgen, die sie den Feinden der Arbeiterklasse ausliefern wollen, sondern müssen mit uns Kommunisten zur Antifaschistischen Aktion schreiben.

## Macht mobil zu den antifaschistischen Sturmwochen!

Der gewaltige Aufmarsch der Hunderttausende Antifaschisten des roten Berlin gegen die braune System-Armee des Schleicher-Bracht-Regimes, war ein flamendes Signal zur Mobilisierung aller Werttätigen Deutschlands für die Sturmwochen des Antifaschismus.

Kämpft in allen Betrieben zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion Stellung! Organisiert den Streik um die Zurückforderung der geraubten Löhne! Schlagt den Faschismus in allen Betrieben ans Haupt!

In allen Stempelstellen organisiert den Kampf gegen Hunger und Frost! Mobilisiert alle Erwerbslosen, vor allem die Anhänger der SPD, zum Kampf gegen die Schlotbarone und Kranijunker mit dem Hakenkreuz!

In den Dörfern mobilisiert Landarbeiter und Kleinbauern zum Kampf gegen die Junker und ihre Anrechte Hitler und Goebbels.

In allen Betrieben und Stempelstellen, im Proletariatsviertel und auf dem Dorfe schafft unverzüglich Massen selbstschützende Staffeln der Antifaschistischen Aktion!

Klassengenossen in der SPD, im Reichsbanner, im ADGB, und in den christlichen Gewerkschaften! Schließt mit uns über alle Saboteure der Führer hinweg die Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion! In allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen wählt Einheitskomitees der Antifaschistischen Aktion!

Mobilisiert alles zum Massenkampf gegen die Schleicher-Bracht-Diktatur gegen den braunen Nordfaschismus, gegen Lohnraub und für Winterhilfe! Antifaschisten vor die Front!

# Jede Woche fünf Selbstmorde in Breslau

## Not und Elend treibt sie in den Tod — Das Elend und die Erwerbslosenziffer in ständigem Steigen — Massenaktion gegen Hunger und Frost ist das Gebot der Stunde

Breslau. Mit der Steigerung der Verelendung der werktätigen Massen sehen wir auch eine bedeutende Steigerung der Auswüchse dieser ungeheuren Massenverelendung. Die Steigerung der Selbstmordziffern, Kindesabtreibungen usw., Diebstähle aus der Not geboren, sind die Zeichen der unerbittlichen Notlage.

Diese feststehende Tatsache wird am besten dadurch beglaubigt, indem bei Ueberprüfung der Jahresstatistik der Breslauer Kriminalpolizei sich am deutlichsten zeigt, daß auf all diesen Gebieten im letzten Jahre eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen ist.

### 275 Selbstmorde im Jahre 1932

Während die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1931 224 betrug, ist dieselbe im Jahre 1932 auf 275, also um rund 19 Prozent, gestiegen. Selbstmorde, die in ihrer überzogenen Zahl, mit einigen Ausnahmen, ein Ausdruck der Verzweiflung der Breslauer Hungerarmee sind. Dieses bedeutet, daß in Breslau im Durchschnitt auf jede Woche 5,3 Selbstmorde entfallen. Der Gasfaß, der Strich, der Revolver, der dahinrollende Eisenbahnzug, oder der Sprung ins Wasser, das sind die letzten Mittel, zu welchen diese verzweifeltsten, vom bankrotteten Kapitalismus in den Tod getriebenen Menschen greifen.

Raum ist die Selbstmordstatistik des Jahres 1932 abgeschlossen, und schon sehen wir, daß auch das Jahr 1933 bereits in seinen ersten Anfängen wiederum eine Reihe von Selbstmorden aufzuweisen hat. Wir wollen nur einige Fälle der letzten Tage herausgreifen, um den Beweis zu liefern, daß diese Verzweiflungskatastrophen fortgesetzt und mit der Verschärfung der Krise eine weitere Steigerung erfahren werden.

Die L. A. meldet:

#### Die Leiche eines Selbstmörders gefunden

Breslau, 21. Januar. Der seit dem 14. Januar vermißte Bäcker Konrad Szajgiel aus Breslau ist jetzt in einem Gebüsch, unweit des Bahnhofs Sadowitz bei Breslau, aufgefunden worden. Nach den getroffenen Feststellungen liegt Selbstmord vor. Das Motiv zur Tat ist offenbar in wirtschaftlicher Notlage zu suchen.

#### Selbstmord eines Ehepaares

Breslau, 21. Januar. Ein 37jähriger erwerbsloser Geschäftsbdiener sowie seine 40jährige Frau wurden von den Hausbewohnern seit einigen Tagen nicht mehr gesehen. Man schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die die Öffnung der Wohnung veranlaßte. Dort fand man im Schlafzimmer in den Betten liegend das Ehepaar tot vor. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod durch Gasvergiftung feststellen. Das Motiv zu dem Selbstmord ist zunächst nicht bekannt, da weder schriftliche Aufzeichnungen hinterlassen wurden, noch die Verwandten des Ehepaares in der Lage sind, irgendwelche Angaben zu machen, die auf die Gründe des Doppelselbstmordes hindeuten könnten.

#### Die Angst vor dem Obdachlosentum

Einen weiteren traffen Fall, der wohl noch unter die Zahl der im Jahre 1932 fällt, aber über welchen wir erst jetzt Näheres erfahren, wollen wir hier ebenfalls noch aufzeigen:

Der Erwerbslose Josef Schmidt, Weinstraße 31, welcher für drei Monate die Miete rückständig war, und er beim besten Willen nicht in der Lage war, dieselbe aufzubringen, griff in seiner Verzweiflung zum Selbstmord. Am 30. Dezember verübte Schmidt an der Posener Eisenbahnbrücke Selbstmord. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

#### Schmidt hinterläßt eine Frau mit zwei Kindern!

#### Die „Bergeren“ gegen den § 218

Die Tatsache, daß die Kindergebärung im kapitalistischen System zu einer Qual für die proletarischen Frauen geworden ist, kommt auch deutlich im Steigen der „Abtreibungen“ zum Ausdruck.

Während im Jahre 1931 diese Zahl in Breslau 152 betrug, ist sie im Jahre 1932 auf 171 gestiegen.

Verbrechen gegen das keimende Leben, so schreit die bürgerliche Presse, so predigen es die christlichen Moralprediger, aber niemand von diesen Sittlichkeitsaposteln fragt danach, welche Qualen eine Proletarierin aussteht, ehe sie zu diesem Entschluß kommt. In ihrer Verzweiflung, weil sie weiß, daß neues Kindergebären für sie Vergrößerung des Elends bedeutet, deshalb greift sie zur Abtreibung, obwohl sie weiß, daß ihr auf Grund des Paragraphen 218 das Gefängnis und das Zuchthaus droht.

#### Dem Verbrechen in die Arme getrieben

Nicht genug können sich die bürgerlichen Moralprediger über die Ausbreitung der Diebstähle entrüsten. Sie sehen eben in dem verzweifeltsten Menschen, der von Hunger gepeinigt und von der Not getrieben, zum Diebstahl greift, den „Verbrecher“, der nach dem Buchstaben des Gesetzes wegen seiner Tat bestraft werden muß. In den meisten Fällen ist es auch hier das ungeheure Massenelend, was diese verzweifeltsten Menschen vor die Frage stellt, entweder den Hungertod zu sterben, Selbstmord zu begehen oder eben dazu überzugehen, durch Diebstahl sich vor diesen letzten Verzweiflungskatastrophen zu retten, selbst auf die Gefahr hin, mit der Justiz in Konflikt zu geraten und von der bürgerlichen Gesellschaft Zeitweilen als „Verbrecher“ gebrandmarkt zu werden.

Auch auf diesem Gebiet sehen wir in Breslau eine wesentliche Steigerung im Jahre 1932, gegenüber dem Vorjahre. Während die Zahl der Diebstähle nach polizeilichen Ermittlungen im Jahre 1931 auf bestimmten Gebieten 5318 betrug, ist dieselbe im Jahre 1932 auf 6864 gestiegen.

#### Die Zahl der Erwerbslosen steigt weiter!

Daß gerade in den letzten Wochen die Zahl der Erwerbslosen auch in Breslau eine bedeutende Steigerung erfahren hat, dadurch wird all das schöne Gerede von der Arbeitsbeschaffung am deutlichsten widerlegt.

Nach den letzten Meldungen zeigt sich folgende Entwicklung:

Am Jahresende betrug die Gesamtzahl der vom Städtischen Fürsorgeamt unterstützten Erwerbslosen 52 762. Gegen das Ende des Vormonats ist ihre Zahl um 2484, gegen die Jahreswende 1931/32 aber um 13 689 gestiegen. Wir zählen jetzt in Breslau auf 1000 Einwohner 85,5 Hauptunterstützte, am Ende November waren es 81,6.

Auch beim Arbeitsamt ist im Laufe des Monats Dezember eine vorwiegend durch die Einflüsse der Saison bedingte, starke Vermehrung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen eingetreten, und

war um 4011 Hauptunterstützte, so daß die Gesamtzahl der vom Arbeitsamt Betreuten nunmehr 28 051 beträgt. Trotz der Steigerung der Erwerbslosenziffer beim Arbeitsamt in den Monaten November und Dezember hat das Arbeitsamt gegenüber dem Stande vor Jahresfrist ein Weniger von über 10 000 Betreuten aufzuweisen; wie die zahlenmäßige Entwicklung beim Fürsorgeamt erweist, hat die Betreuung eines diesen großen Abgang beim Arbeitsamt noch überschreitenden Bestandes durch das Fürsorgeamt übernommen werden müssen. Die Verschiebung der Belastung kommt durch den nachfolgenden Vergleich zum Ausdruck. Vor Jahresfrist unterstützten Fürsorgeamt und Arbeitsamt noch je etwa 50 Prozent, seit August v. J. aber betreut das Fürsorgeamt 65 bis 68 Prozent, das Arbeitsamt nur noch 35 bis 32 Prozent der unterstützten Erwerbslosen. — Rechnet man die von den Hauptunterstützten wirtschaftlich abhängigen Mütterunterstützten hinzu, so wurden um die Jahreswende in Breslau insgesamt 150 500 Personen wegen Arbeitslosigkeit in Breslau unterstützt. Damit ist gegen das Ende des Vormonats eine Vermehrung um 11 500 Personen festzustellen.

Die Hungerarmee im Steigen begriffen, die Produktion in ständigem Rückgang, Steigerung der Verelendung, der Selbstmorde und aller übrigen Auswüchse der Wirtschaftskrise, das sind die Zeichen des raschen Niederganges dieser verfaulenden kapitalistischen Profitwirtschaft. In dem Lande der Arbeiter und Bauern, Steigen der Produktion, Mangel an Arbeitskräften, Steigerung der Geburtenziffern, Aufstieg und Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Massen. Das zeigt die unabstreitbaren Widersprüche zwischen der kapitalistischen Diktaturherrschaft und der proletarischen Diktatur auf.

## Lenin-Liebtwecht-Eugenburg-Kundgebung der Jungkommunisten

Breslau. Am Sonntag fand in der glänzend besuchten „Weltbühne“ die diesjährige vom KJVD und der KPD einberufene VV-Kundgebung statt.

Die beiden Redner, ein Vertreter des KJVD, und im Auftrage der Partei der Genosse Karl B e d e r, VV-Mitgl., betonten die Gleichgültigkeit der Januareritage von 1919 und 1933 in Bezug auf die Sozialdemokratie. So wie es damals die SPD-Führer waren, auf deren Schuldbank die intellektuelle Urheberhaft an der Ermordung von Karl und Rosa und Tausenden von revolutionären Arbeitern geht, so sind es heute am 22. Januar 1933 wiederum die K u n s t l e r und L ö w e die den Morbschicksal der Hitler und Goebbels Vorhubs leisten bei ihrem Versuch, die revolutionäre Arbeiterkraft des roten Deutschlands blutig niederzuschlagen.

Daß es der Bourgeoisie auch mit der Hilfe der SPD nicht gelingt, das deutsche Proletariat niederzuschlagen und es seiner Führung, der KPD und des KJVD, zu berauben, dafür wollen wir sorgen mit unserer ganzen Kraft, indem wir so wie unsere Berliner Genossen alle Betriebe streikbereit machen, an allen Stempelstempelaktionen durchzuführen; in den Berufsverbänden, den Zwangsgruppen, dem „Notwehr“, den Arbeitslosenpflanzlagern den Kampf um die Lebensrechte der Arbeiter und Jungarbeiter organisieren.

Der Jugendgenosse wie besonders auf die Rolle Karl L e b e n e c h t s als Führer im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg hin und erklärte, daß es gerade jetzt darauf ankommt, die Vorbereitungen der Bourgeoisie zu dem Kriege, der tagtäglich über uns hereinbrechen kann, zu verhindern und den Militärismusbestrebungen der Schleicher-Regierung die Jugendertüchtigung im proletarisch-revolutionären Sinne, die Stärkung der Wehrorganisationen der Arbeiterjugend gegenüberzustellen.

Einige gut gewählte und sehr gut vorgetragene Gedichte und Skizzen, die ausgezeichneten Darbietungen des Mundharmonikaverens West und zwei Kulturfilme leiteten zu dem Hauptfilm der Veranstaltung „Der alte Mark“ über.

Der angekündigte Film „Feuertanktransport“ mußte in letzter Stunde vom Programm abgesetzt werden, da der Filmlieferant diesen nicht rechtzeitig liefern konnte.

Der dargebotene Film war aber eine vollwertige Entschädigung.

Nach einer Novelle von W a g G o r k i sollte vor unseren Augen ein Stück Leben aus den Tagen der russischen Revolution ab. Mehrfach wurde besonders markanten, begeisterten Stellen des Films spontaner Beifall gezollt. Inzwischen marschierten draußen die Leute von der KJVD (Nazistreitkräfte-Organisation) vorbei, und diese hatten vor den in der „Weltbühne“ versammelten Jungarbeitern eine berartige Angst, daß sie ihren Vorbereitungen sichern ließen, indem sie vor dem Eingang der „Weltbühne“ nicht weniger als ein 24er Wagen, zirka 20 Mann zu Fuß, und außerdem noch einige Mann berittene Polizei postierten. Hinter dieser Polizeikette waren die Nazis mutig genug, um ihre provokatorischen Rufe auszustößen. Ein Arbeiter, der die Veranstaltung vorzeitig verlassen mußte, wurde auf Anweisung eines Polizeioffiziers gezwungen, solange in dem Gebäude zu warten, bis der ganze Zug vorbei war. Er trug zwar meher eine Uniform noch ein Abzeichen, aber er hätte wahrscheinlich die Sicherheit des Umzuges gefährdet.

Die Kapelle der Fickelsportler begleitete in hervorragender Weise die Filmdarbietungen.

Nach Schluß der Veranstaltung rüdten die Teilnehmer stadtteilweise geschlossen ab.

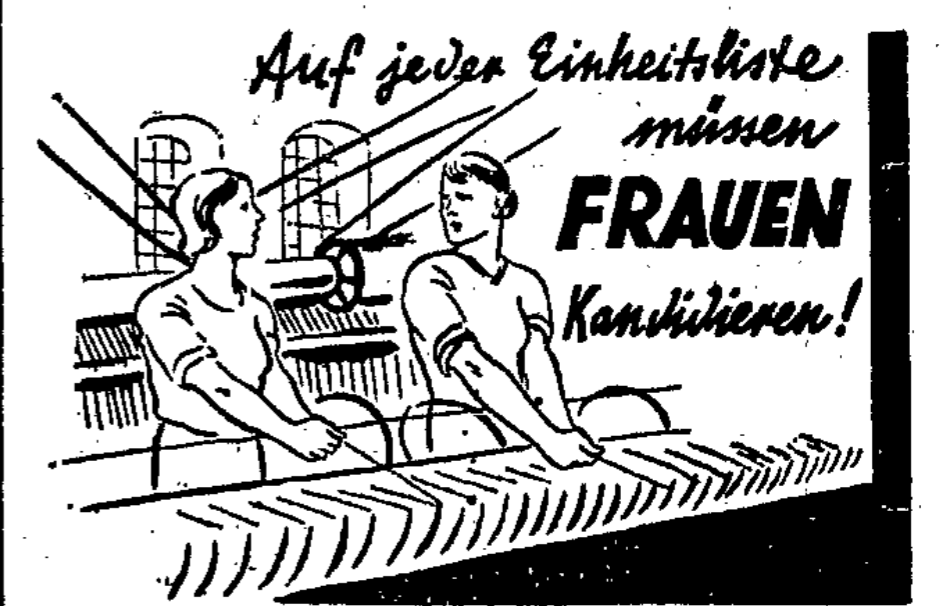
## Der Naziüberfall auf der Neudorfstraße!

Breslau. Zu dem Naziüberfall, welcher am Sonnabend, den 21. Januar, auf den Propagandazug des Kampfbundes gegen den Faschismus erfolgte, wird uns von einem Arbeiter folgendes berichtet: Der Zug bewegte sich, von der Hofstraße kommend, die Sadowitzstraße entlang. An der Ecke Neudorfstraße, die ganz in der Nähe des Braunen Hauses liegt, wurde der Propagandazug von einer 40 Mann starken Nazihorde planmäßig überfallen. Die vom Ziememörder Heines aufgeschickte SA ging dabei mit Messern, Dolchen, Lotchkägern, Keilpeischnen und anderen Wuchinstrumenten gegen die Plakatträger vor. Durch Stiche in die Schulter wurde ein Arbeiter schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Vier Arbeiter wurden durch Hand- und Kopfstöße, sowie durch Schläge mit den angeführten Wuchinstrumenten verletzt. Ein zufällig des Weges kommender Polizeileutnant wollte einen der Täter, welcher den Stich auf den Schwerverletzten ausgeführt hatte, stellen, wurde aber ebenfalls von diesem Messerhelden mit dem Messer bedroht.

Die Genossen des Kampfbundes waren dieser Uebermacht nicht

Diese Tatsachen müssen für die Breslauer Hungernden ein verstärkter Anlaß sein, den Kampf gegen Hunger und Frost verstärkt weiter zu führen.

Nur dadurch, daß die Erwerbslosen den Massenkampf in geschlossener Front aufnehmen gegen all die weiteren drohenden Gefahren und durch Massenaktionen sich ein besseres Dasein erkämpfen, werden sie sich den Weg frei machen, zum Kampf für die Beseitigung dieses verrotten Systems, für ein Arbeiter- und Bauern-Deutschland, für den Sozialismus!



gemachsen, und wenn nicht durch Eintreffen der Polizei diese Helben an ihren bestialischen Taten gehindert worden wären, wäre damit zu rechnen gewesen, daß sie ein noch viel schlimmeres Blutbad angerichtet hätten. Die in der Umgebung wohnende Bevölkerung, sowie die in der Nähe befindlichen Geschäftsleute konnten an Hand der Tatsachen feststellen, daß der Ueberfall vom Braunen Haus in der Neudorfstraße planmäßig organisiert worden war.

Die empörte Stimmung der Geschäftsleute zeugte deutlich davon, daß auch diese Kreise erkennen, daß diese Mörderpartei nur noch ihre Aufgabe in der Niedererschlagung der Arbeiterkraft betrachtet. Zu bemerken sei hierbei noch, daß von den überfallenen Antifaschisten sechs verhaftet wurden, und dagegen von den mit allen Wuchwerkzeugen ausgerüsteten Nazihorden nur zwei festgenommen wurden, wodurch die Unterstützung des Naziterrors wiederum deutlich zum Ausdruck kommt.

Auch dieser Vorfall muß für die Breslauer Arbeiterkraft ein Anlaß sein, mehr denn je in der Antifaschistischen Aktion zusammenzuschließen und durch Stärkung des roten Massenselbstschutzes die Abwehrfront der Antifaschisten zu verstärken.

Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock ohne Schutzstaffel des roten Massenselbstschutzes.

#### Achtung! Metallarbeiter!

Betriebsräte und Vertrauensleute: Dienstag 21. Januar, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.  
Kupferhämmer: Sonnabend, 25. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9. Sämtliche Versammlungen beginnen um 19,30 Uhr!

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Lokales: Walter Sucha, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Bendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

#### Von der Liebe . . .

die uns der Himmel bracht, von der Wohlfahrt und dem goldenen Herzen des inzwischen zum Reichskommissar aufgerückten Gregor erzählt uns in der Nummer der bekannten satirischen Zeitschrift „Roter Pfeffer“ Friedrich Bartholus nach der Melodie „Lieb mich oder ich zerhad“ Dir die Kommode“. Allen jungen Eheleuten und solchen, die es werden wollen, aber wegen der allgemeinen — nicht anderen — Umstände nicht werden können, kann die Lesüre dieses wie der anderen amüsanten und hochaktuellen Beiträge der Nummer nicht genug empfohlen werden. Sie ist für 10 Fernlinge zu erhalten an allen Kiosken, beim Kopsporteur oder direkt bei der Auslieferungsstelle der „RZ“, Breslau, Dorotheengasse.

Zirkus Schneider wird am Mittwoch eröffnet. Wir weisen auf das reichhaltige Programm hin, welches jeder auf seine Rechnung kommen läßt. Unter dem vielen, was geboten wird, ist zu beachten die Fütterung der Löwen in der Manege. Die Vergnügungen des Zirkus, resp. der 100 Löwen, ist sehr reich an Schicksalschlägen. Auch an diesem Unternehmen ist die Wirtschaftskrise nicht spurlos vorbeigegangen. Die Devisenverordnung machte diesem Unternehmer sehr viel zu schaffen, und nur der Energie des Kapitän Schneider ist es zu danken, daß die sehenswerte große Löwenaruppe trotz der schweren Krisenauswirkung erhalten geblieben ist. Niemand veräume sich zu den Veranstaltungen einzufinden. Preise und Anfangszeiten siehe Inserat.

**Circus Schneider**  
Kapitän Alfred  
Morgen Mittwoch 8.15 Uhr  
große Gala-Premiere  
im Circus-Busch-Gebäude  
Luisenplatz Tel. 2033

mit den Original  
**100 Quod vadit Löwen**  
und weiteren 20 artistischen Sensationen u. a.

Dompteur Betty mit den  
**Schnelldarben**

Der Wunder-Seelöwe	4 Carollis Die besten Jockeys der Welt
<b>Bobby</b>	

sowie das weitere artistische Programm  
Ab Donnerstag 2x 4.00 und 8.15 Uhr  
**Preise** nachm. 1.25 abends 3.00 2.50

Vorverkauf: Circus-Busch-Kasse, Tel. 2033, sowie Barack u. Kassenwagen Torwache

# RUND UM DEN ERDBALL

## „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion

Ein deutscher Arbeiter unter deportierten Kulaken schreibt

Solange die Sowjetunion besteht, kassiert durch die bürgerliche und vornehmlich die sozialistische Presse das Schauermärchen von der sogenannten Zwangsarbeit in der Sowjetunion. Am liebsten würden diese Herrschaften überhaupt jede Arbeit in der Sowjetunion als Zwangsarbeit bezeichnen, denn es besteht tatsächlich ein gewisser Zwang zur Arbeit. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen und in der Sowjetunion hat nur der ein Recht auf den Einkauf von Lebensmitteln sowie Kleidungsstücken in der staatlichen Korporation, der eine Arbeit im Sinne des sozialistischen Aufbaues leistet.

Schreiber dieses hatte Gelegenheit, ein Jahr lang in der Sowjetunion als Schlosser zu arbeiten und kam während dieser Zeit auch nach einer Arbeitsstelle auf der Halbinsel Kola gelegen. Dort, am Wudjadrlee gelegen, befindet sich der Ort Chibinogoril. An dieser Stelle des riesigen russischen Landes wird ein hochwertiges Mineral, das sogenannte Apakti gefunden. Vor drei Jahren erst fanden die ersten Versuche statt, das Mineral dem Boden abzugewinnen. Es wurde daneben auch eine Fabrik errichtet, die das Mineralgestein an Ort und Stelle verarbeitet. Da nun an dieser Stelle des Landes feinerer Menschen wohnen, weil fast jegliche Vegetation fehlt, mußten Arbeiter eben dorthin geschickt werden. Aber nirgends sind Arbeiter zuviel in der Sowjetunion, also woher nehmen? Die Sowjetunion griff daher also zu jenen Leuten, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Arbeiterstaat zu kämpfen, um sich, wie in früheren Jahrhunderten, ein Schmarogerdasein auf Kosten der Werktätigen zu sichern. Hier sind nämlich in der Hauptlage ehemalige Kulaken beschäftigt, nicht etwa, weil sie Kulak sind oder sich gewergerert haben, sich zu kollektivieren, sondern Klatsche und liche Elemente, die durch ihre staatsfeindliche Tätigkeit die erhöhte Aufmerksamkeit der in Frage kommenden und präzipue funktionierenden Staatsorgane auf sich zogen.

Diese Leute also werden hierher transportiert, wo sie vielleicht erstmalig in ihrem Leben, bzw. es lernen sollen, um sie zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu erziehen. Denn es ist eine reine Erziehungsarbeit, die hier an ihnen geleistet wird. In keiner Weise werden sie als Gefangene behandelt. In ihrer Begleitung befinden sich ihre Familien. Auch werden sie untergebracht wie jeder andere freie russische Arbeiter. Ihre Wohnungen sind natürlich den Verhältnissen entsprechend meistens Holzhäuser, wie sie fast überall dort in der Sowjetunion anzutreffen sind, wo eine neue Industrie entsteht und fertige Ortschaften mit Wohnungen noch nicht vorhanden sind. Der zur „Zwangsarbeit“ Verurteilte unterliegt den allgemeinen Gesetzen der Sowjetunion, wie in der Belieferung der Lebensmittelnormen des Arbeitsrechts usw. nur daß er kein Wahlrecht besitzt und auch den Arbeitsort nicht verlassen darf. Im allgemeinen muß er sich einer strengen proletarischen Disziplin befleißigen pünktliches und regelmäßiges Erscheinen an seiner Arbeits-

stelle, wo er sieben Stunden am Tage zu arbeiten hat. Hier herrscht sogar noch die Fünftageswoche, während heute in den meisten Betrieben der Sowjetunion die Sechstageswoche besteht. Zu den jeweiligen Staatsfeiertagen wie 1. Mai oder 7. und 8. November, dem Revolutionstertag, erhält ein Teil dieser Zwangsarbeiter ihr Stimmrecht wieder, d. h. sie werden frei und können sich ihren Arbeitsplatz in Zukunft selbst auswählen. Selbstverständlich werden nur solche Leute frei, die während der Zeit ihrer „Zwangsarbeit“ durch ihre Arbeit bewiesen haben, daß sie ihre Einstellung als Kulak in die eines Industriearbeiters vertauscht

haben, die nunmehr einer besseren Erkenntnis folgend, sich einreihen in die Front des sozialistischen Aufbaues.

„Ich bin unschuldig“

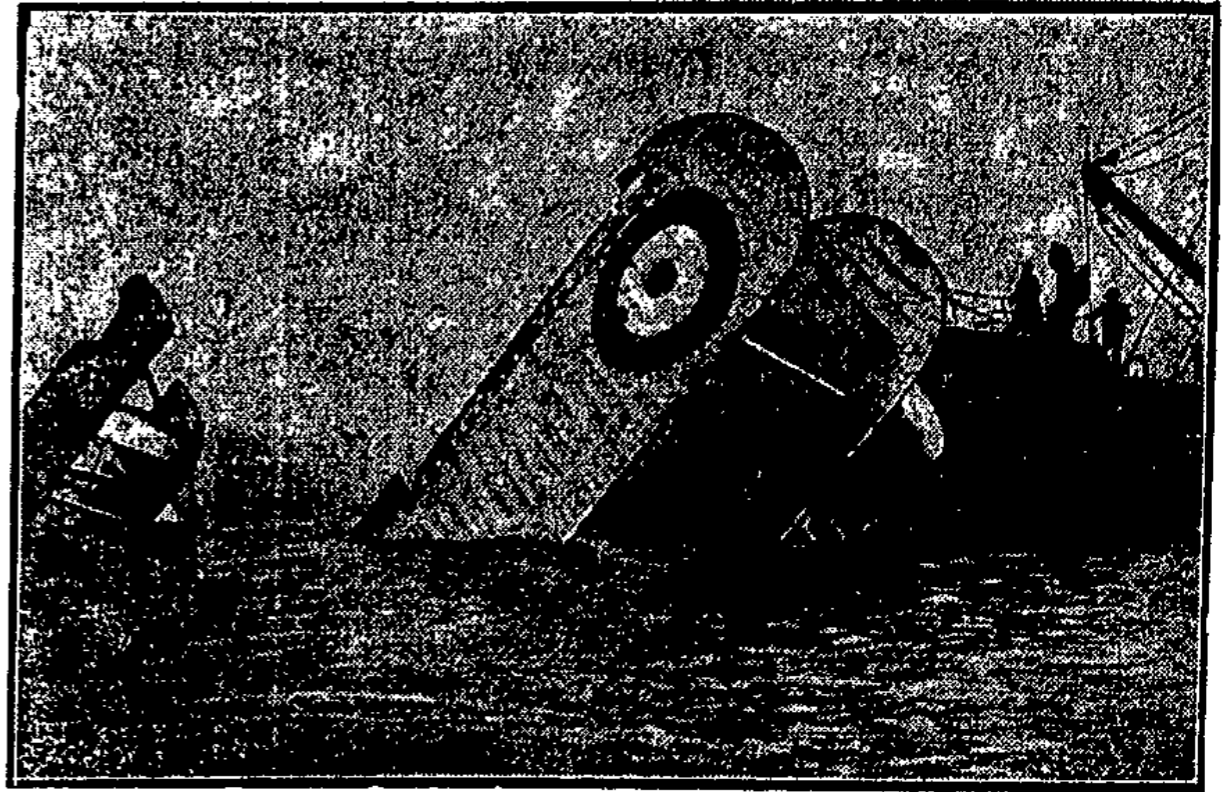
oder „ich war ja gar kein Kulak“, so hört man diese Leute fast immer erzählen und behaupten, nicht zu wissen, weshalb man sie von ihrem Dorfe weggenommen hat um hier irgend ein Handwerk zu erlernen. Geht man aber dann mit diesen Leuten in ein zwangloses Kreuzverhör ein, so stellt es sich heraus, daß sie oftmals zwar nicht große Kulaken waren, daß sie aber in ihrem Dorfe offene Sabotageakte geliefert haben.

„Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion hat dieses Schreckenswort längst keine ursprüngliche Bedeutung verloren. Es bedeutet dort nicht Strafe, sondern Erziehung zur Gemeinschaftsarbeit und Loslösung von kapitalistischen Geldsachinteressen.

A. Hennig.

## Neues englisches Riesenflugzeug verunglückt

Unsere Aufnahme berichtet von dem Unfall eines neuen englischen Wasserflugzeuges vor Plymouth: das Flugzeug wollte aufsteigen, stieß jedoch mit einem Flügel gegen eine Schaluppe des Marinearsenals und kenterte. Von den neun Insassen der Maschine wurden acht mehr oder weniger schwer verletzt während eine Person ertrank.



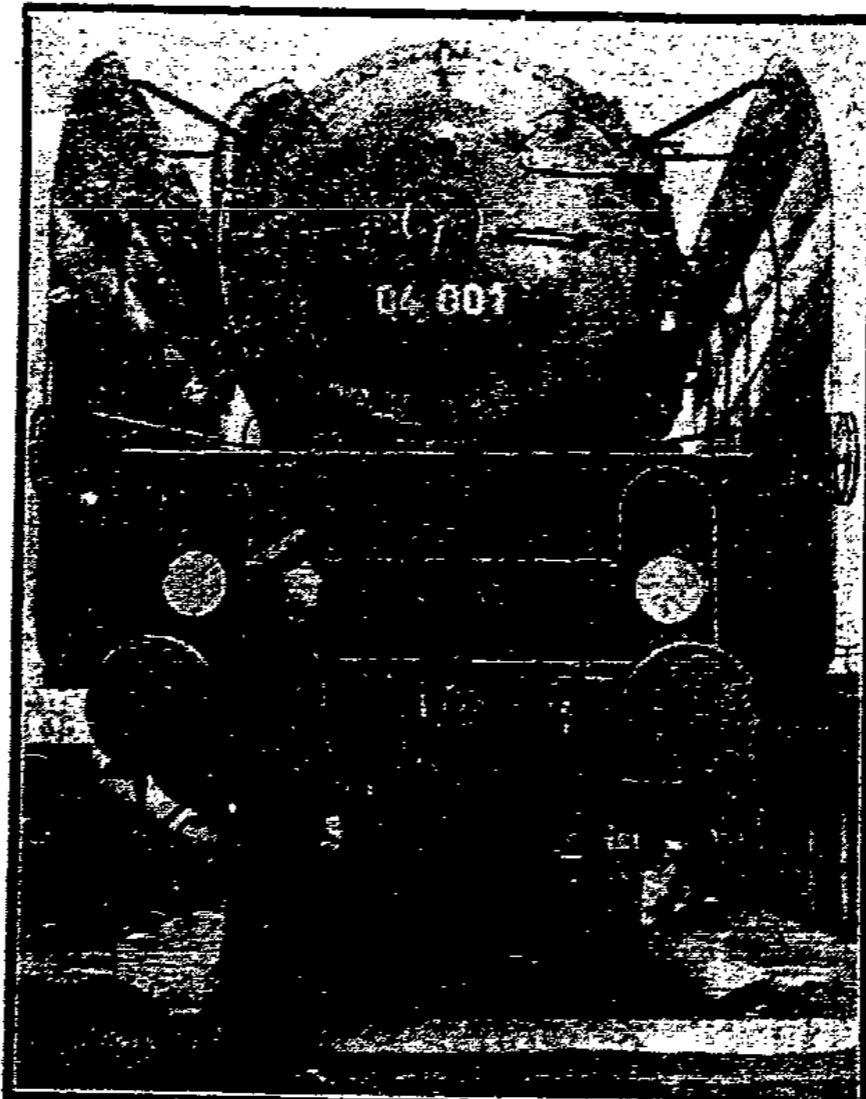
## 23 Grad Kälte im Riesengebirge im Schneesturm erfroren

Hirschberg, 23. Januar. Am Sonnabend und Sonntag herrschte über dem ganzen Riesengebirgsstamm schwerer Schneesturm. Im Durchschnitt sind 30 Zentimeter Neuschnee gefallen. In den höchsten Lagen des Gebirges sank das Thermometer bis auf 23 Grad unter Null. — Bei dem Aufstieg von Hohenfelle nach den Schiffsbauten verirrten sich zwei junge Leute und blieben erschöpft im Schneesturm liegen. Während der eine sich wieder aufraffen konnte und mit erfrorenen Gliedern die Baufen erreichte, konnte der andere später nur noch als Leiche geborgen werden. Der Verletzte und ein Arzt, dem ebenfalls in der scharfen Kälte die Finger abgefroren waren, mußten ins Krankenhaus Hohenfelle eingeliefert werden.

Seit drei Tagen sind in Nord- und Mittelitalien schwere Schneestürme zu verzeichnen. In Bergamo sind Tag und Nacht Arbeiterkolonnen tätig, um die großen Schneemassen von den Straßen wegzuräumen. In Mailand mußten einige unter der Last der Schneemassen einsturzbedrohte Dächer durch die Feuerwehr gestützt werden.

In den letzten Tagen haben sich große Wassermengen in die Rheindelta ergossen, so daß weite Flächen überschwemmt und teilweise mit einer Eisdicht überzogen sind.

## 120 Stundenkilometer Geschwindigkeit



Unsere Aufnahme gibt die Vorderansicht einer neuen Hochdrucklokomotive der Reichsbahn wieder, die eine normale Fahrgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometer entwickelt.

## „Malgin“ gerettet

Moskau, 23. Januar. Nach einem Funkpruch der Leningrader Hafenverwaltung hat der Eisbrecher „Malgin“ mitgeteilt, daß die Maschinenanlage des Schiffes von Eis und Wasser frei sei. Die Ausbesserung der Unterwasserhäfen sollen von den Bordmechanikern des „Malgin“ durchgeführt werden.

## Beispielloser Erfolg eines Sowjetluftschiffes

Leningrad, 23. Januar. Das Sowjetluftschiff „B-2“ (8000 Kubikmeter) ist dieser Tage mit einer erstklassigen Mannschaft, darunter mehreren Flugpiloten an Bord, von Leningrad aus gestartet. Als das Luftschiff sich gegen Abend im Abstieg befand, verriegelten plötzlich die Motoren und das Luftschiff war auf einen Freiflug angewiesen. Da kein geeigneter Landungsplatz in Sicht war, beschloß der Kommandant, während der Nacht in der Luft zu bleiben und erst in der Morgendämmerung die Landung vorzunehmen. Frühmorgens, als das Schiff über den Nowgoroder Wäldern schwebte, gelang es, die Landung in einer Waldlichtung vorzunehmen, wobei das Luftschiff an Bäumen festgemacht wurde. Die Mannschaft legte nunmehr die Motoren in Stand und verschaffte sich Betriebsstoff, um den Rückflug nach Leningrad anzutreten. Nach mehrtägigem Aufenthalt stieg das Luftschiff mitten im Walde auf und landete bald wieder im Leningrader Hafen an. Dieses Erlebnis des Luftschiffes steht in der Weltluftschiffahrt fast beispiellos da.

## Kohlenstaubexplosion in einer Bricketfabrik Zwei Verletzte

Köln, 23. Januar. In Benzlarth ereignete sich in der Nacht zum Sonntag kurz nach Mitternacht im Ofenhaus der Bricketfabrik Spilla eine Kohlenstaubexplosion, durch die der Betriebsführer und ein Maschinenfleiger leicht und ein Arbeiter schwerer verletzt wurden. Die Explosion ereignete sich drei Stunden nach Stilllegung des Betriebes. Schon vorher war in dem Ofenhaus ein kleinerer Brandherd festgestellt worden, der aber gelöscht worden war. Vermutlich haben sich doch noch Funken irgendwo festgesetzt und die Kohlenstaubexplosion hervorgerufen. Der Sachschaden ist erheblich, doch dürfte in zwei bis drei Tagen die Arbeit wieder aufgenommen werden.

## Opfer der Rekordsucht

Der 72-Meter-Sprung holländischer Schwimmer

Rotterdam, 23. Januar. Ein junger Mann, der gestern nachmittags von der 72 Meter hohen Spitze des Turmes einer Eisenbahnbrücke in das Wasser des Königshafens sprang, um die vor einer Woche glücklich vollbrachte gleichartige Leistung eines anderen jungen Mannes zu überbieten, büßte seine Tollkühnheit mit dem Tode. Nach dem Abprung verlor er das Gleichgewicht, der Körper überschlug sich mehrere Male, prallte mit großer Gewalt auf der Zuschauermenge im Wasser, ohne wieder aufzutauhen. Erst nach geraumer Zeit konnte der Leichnam des Unglücklichen, der u. a. einen Schädelbruch aufwies, geborgen werden.

Trotz des tragischen Ausganges dieses abenteuerlichen Sprunges versuchte ein anderer Mann den Sprung auszuführen, um eine Rette zu gewinnen. Er wurde aber von der Polizei an seinem Vorhaben gehindert und vom Turm herabgeholt.

## Im roten Blitzlicht

Roske soll von seinem Posten als Oberpräsident von Hannover noch vor Erreichung der Altersgrenze abgetest werden. Mit ihm verabschiedet der letzte sozialdemokratische Oberpräsident, sozulegen die letzte Erinnerung an das „demokratische Bollwerk in Preußen“.

„Warum“ fragte ich meine Nachbarin, „wollen Sie Ihren Hund, der Ihnen so viele Jahre treu gedient hat, bereits dem Schinder abgeben?“

„Weil er zu alt ist“ antwortete sie „zu alt“ Er hat doch noch Zähne?“ „Einige verrottete Zähne hat er wohl noch, aber das Gehirn ist bereits verrotten, und außerdem stinkt er...“

Die ungarische Regierung hat beschlossen, ein sogenanntes „Fettgeld“ auszugeben. Dies wird als eine Art Winterhilfsaktion gedacht, denn es werden mehrere Millionen Fettgeld ausgegeben, die von einzelnen gegen gewöhnliches Geld erworben werden können. Ein Ausruf der ungarischen Regierung fordert die Bevölkerung aus, den Besitzern nur Fettgeld zu geben, damit diese in allen Geschäften und Läden erkenntlich sind.

So wird in einem „Dritten Reich“ die Winterhilfsaktion geleistet...

Mehrere Gefangene sind in einem Turnoveriner Gefängnis in Rumänien vor Hunger und Frost umgekommen. Als man der Sache nachging, stellte es sich heraus, daß das Gefängnis in diesem Winter überhaupt nicht geheizt wurde und daß die Gefangenen nur einmal wöchentlich eine warme Suppe zu essen bekommen haben. Der Gefängnisdirektor wies darauf hin, daß die rumänische Regierung für die Verpflegung eines Gefangenen ungefähr 5 Pfennig täglich zur Verfügung stellt. Wenn man bedenkt, daß in den rumänischen Gefängnissen tausende politische Häftlinge schmachten, so kann man sich ungefähr vorstellen, welches ihre Lage bei einem Kostgeld von 5 Pfennig ist.

Der Präsident der französischen Republik läßt verkünden, daß er auf 10 Prozent seiner Bezüge verzichtet, und fordert die Arbeiter und Arbeitslosen auf, keinem Beispiel zu folgen.

Jedenfalls wären die Arbeitslosen zufrieden, wenn ihr Einkommen soviel ausmachen würde, als die zehn Prozent, auf die der Herr Präsident großzügig verzichtet.

Bei den Kirchenwahlen in Thüringen haben, wie die Telegraphen-Union meldet, die Sozialdemokraten einen großen Sieg errungen. Neben ihnen vermochten auch die Nazis Erfolge zu buchen. Wenn die Entwidlung so weitergeht, wird die Kirche bald von einer sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Koalition beherrscht werden.

Wir gönnen beiden den Erfolg.

# Waldenburg

## Begeisterter Empfang des Genossen Seidel in Weißstein

Weißstein. Am Sonnabend, den 21. Januar, wurde Genosse Seidel aus dem Gefängnis Waldenburg entlassen. Trotz dem die Entlassung ganz überrascht kam, verbreitete sich die Nachricht durch Weißstein wie ein Lauffeuer. Alles war auf den Beinen, um unseren zu sehr Jahren Zuchthaus verurteilten Genossen Hermann einen würdigen Empfang in der Freiheit zu bereiten. In aller Eile wurden Girlanden gebunden, Transparente aufgestellt.

Auf dem Marktplatz in Weißstein sammelten sich Hunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen an, um Hermann zu begrüßen.

Die herrschende Kälte konnte die sehnsüchtig Wartenden nicht vertreiben. Ein unbeschreiblicher Jubel setzte ein, als Hermann erblickt kam. Ein Händedrücken, ein Drängen, jeder wollte dem braven Genossen zuerst sein Willkommen entbieten. Im Namen der revolutionären Arbeiterklasse von Weißstein begrüßte Genosse Klein unseren Hermann mit herzlichsten Worten und einem dreifachen „Rot-Front!“ Genosse Seidel erwiderte den Gruß mit dem Versprechen, weiter wie bisher in der roten Einheitsfront für die Befreiung der Unterdrückten zu kämpfen. Die Blasapelle setzte mit der „Internationale“ ein, die von den Hunderten mit erhobener Faust mitgesungen wurde.

Spontan formierte sich ein Demonstrationzug, der Genosse Hermann durch den ganzen Ort, bis vor die Wohnung begleitete.

Ein Transparent vor dem wichtigen Demonstrationzug verkündete der Weißsteiner Arbeiterklasse, daß Genosse Seidel wieder in unserer Mitte marschiert. Von allen Seiten, von den Bürgersteigen, aus den Fenstern, aus den Geschäften und selbst von den Dächern ein Grüßen und Winken.

Selbst parteilose Arbeiter und Arbeiterfrauen grüßten zum erstenmal mit begeisterten „Rot-Front!“-Rufen. Immer größer und immer stärker wird die Sympathie zur Partei Lenins, Liebknechts und Luxemburgs. Vor dem geschmückten Wohnhause angekommen, richtete Genosse Klein zu Herzen gehende Worte an die Mutter des Genossen Seidel, die ihren lieben Sohn zehn lange, schreckliche Jahre hinter Zuchthausgitter geben sollte, sowie an die Braut, die ihren Hermann zehn lange Jahre nicht mehr sehen sollte. Auch für uns, für die Partei, war es ein großer Verlust.

Nur dem unerschütterlichen Massendruck ist es zu verdanken, daß Genosse Hermann wieder unter uns ist.

Unter Zustimmung der Hunderte protestierte Genosse Klein gegen die Proklamation der Hitler-Banden in Berlin.

Wir werden weiterkämpfen für die Befreiung aller Klassengenossen, die heute noch hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern (Schwaben!) Wir kämpfen weiter für die Befreiung des Proletariats, für eine einheitliche Sowjetrepublik!

Noch einmal brachten „Rot-Front!“-Rufe und die „Internationale“ aus hunderten Röhren. Genosse Hermann dankte in kurzen Worten den Genossinnen und Genossen für den Empfang und für alles, was zu seiner Befreiung getan wurde.

Hervorzuheben ist, daß die Organisation des Empfanges das Wert eines Augenblicks war und trotzdem das ganze Arbeiterdorf Weißstein außerordentlich stark belebt werden konnte.

## Der Universitätsdozent in Moskau Dr. Kurt Nixdorf spricht

über das Thema: „Probleme des wirtschaftlichen Aufbaues in der UdSSR, an der Schwelle des zweiten Fünfjahresplanes“

zu den Werktätigen Schlesiens in folgenden Orten:

Friedland: Am Dienstag, den 24. Januar, im „Schlesischen Hof“, um 20 Uhr.

Waldenburg: Am Mittwoch, den 25. Januar, im „Edelstein“, um 20 Uhr.

Witzgiersdorf: Am Donnerstag, den 26. Januar, in der „Wiesenmühle“, um 20 Uhr.

Randeshut: Am Freitag, den 27. Januar, im „Ludersaal“, um 20 Uhr.

Girschberg: Am Sonnabend, den 28. Januar, im „Gerichtskreuzscham“ Runnersdorf, um 20 Uhr.

Bunzlau: Am Montag, den 30. Januar, im großen Saale des „Volkshauses“, um 20 Uhr.

Dr. Nixdorf ist als Schlesier schon viele Jahre in Sowjet-Rußland tätig und kennt die dortigen Verhältnisse genau. Arbeiter, Beamte, Bauern, Kleinrentner! Besucht zahlreich diese Versammlungen!

## Deutscher Holzarbeiterverband Freiburg

Donnerstag, den 26. Januar, um 19.30 Uhr, findet im Gasthof „Zum grünen Baum“ unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Ehrung der Jubilare. 2. Jahresbericht, a) des Bevollmächtigten, b) des Kassierers. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. — Es wird erwartet, daß alle Mitglieder in der Versammlung erscheinen.

## Rus dem Gemeindepapier Ober-Waldenburg

# Arbeitspläne statt Rettung vor Hunger und Frost

Ober-Waldenburg. Nach vierteljähriger Pause fand in Ober-Waldenburg am 16. Januar die erste öffentliche Gemeindevorstellung statt. Der einzige Tagesordnungspunkt war: „Arbeitsbeschaffung“. Eingangs ging Bürgermeister Neumann auf das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Reichsregierung ein und betonte, daß auch Ober-Waldenburg den Versuch unternehmen müsse, aus diesem Programm etwas herauszuholen. Er sagte unter anderem: „Ob es gelingen wird, wissen wir noch nicht.“ Weil Straßen und andere Erdarbeiten für Ober-Waldenburg nicht in Frage kommen, wurde der Bau von einem 18-20-Familien-Hause erörtert. Die Gemeindevorstellung sprach sich übereinstimmend dafür aus und beschloß, das Projekt dem Arbeitsbeschaffungsprogramm anzuschließen, zwecks Bewilligung der dafür in Aussicht gestellten Mittel. Soweit der Bericht. Zu welchen Arbeitsbedingungen der in Aussicht gestellte Bau auszuführen ist, darüber schwieg sich die gesamte Gemeindevorstellung einschließlich der SPD-Mehrheit aus.

Was den hier im Ort vorhandenen Erwerbslosen am dringendsten nottut, ausreichende Winterhilfe und Erfüllung ihrer am

## Nazi-Rentmeister des Barons von Zedlitz unterschlägt

# Sozialbeiträge zur Finanzierung der Arbeitermorde

### Vom Rynauer Sprengstoffdiebstahl: Der Nazi-Baron, Gutbesitzer und Pfaffe entlassen, irregeführte Nazi-Proleten verhaftet — SA-Arbeiter, her zur roten Front!

Waldenburg. Der Rentmeister des Barons Zedlitz, Hungereder, hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht wegen fortgesetzter Unterschlagungen zu verantworten. Die unterschlagenen Gelder setzen sich zum Teil zusammen aus Pachtgeldern, Krankenkassen- und Erwerbslosengeldern sowie Geldern für Invalidenmarken. Die Gesamtsumme der Gelder, die sich H. aneignete, beträgt über 3200 Mark. Baron von Zedlitz erklärte als Zeuge, daß im Herbst die Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sind. Die Verschlungen gaben den Grund zur Entlassung des Angeklagten.

Striklos entlassen aber wurde Hungereder, weil Baron von Zedlitz erfahren hatte, daß H. von den Nazis veranlaßt worden sei, ihn zu erschießen. Es liegt nahe, anzunehmen, daß der Mememord geplant war, weil von Zedlitz in den Sprengstoffdiebstahl in Rynau verwickelt ist und nicht ganz „dicht“ erschien.

Als der Staatsanwalt gegen H. eine Gesamtstrafe von einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis beantragte, fiel dem wackeren SA-Mann das Herz in die Hosen. Mit weinerlicher Stimme bat er das Gericht um ein mildes Urteil, weil er das unterschlagene Geld nicht für sich, sondern zu politischen Zwecken (also zur Finanzierung der Nazimorde) verwendet und in politischer Verwirrung gehandelt habe. Er will nun den Weg zu Gott zurückfinden.

Das Gericht verurteilte Hungereder zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis. Von der Untersuchungshaft wird ein Monat angerechnet.

Zu dem Stand der Untersuchung über den Rynauer Sprengstoffdiebstahl erfahren wir:

Im weiteren Verlauf der Ermittlungen wurde der SA-Mann Stod aus Zannhausen festgenommen und in Untersuchungshaft eingeliefert. Am Freitag wurde ein weiteres Mitglied verhaftet, bei dem Beihilfe vermutet wird.

Außer dem Nazi-Pastor Fuhs aus Dittmannsdorf wurde der Baron Zedlitz-Neulirch gegen eine Kaution von 30 000 Mark aus der Haft entlassen. Aus dieser Tatsache können die Landarbeiter und Erwerbslosen ersehen, wo sich noch genügend Geld befindet. Hat der Baron 30 000 Mark, um sich aus der Haft loszulassen, was einem Proleten nie möglich ist, so muß er auch Geld zu höheren Löhnen für seine Landarbeiter haben. Doch das muß in der Einheitsaktion erkämpft werden.

Der im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen verhaftete Gutbesitzer und Standartenführer Tillner aus Langenöls wurde ebenfalls entlassen.

Die Nazi-Barone, Gutbesitzer und Pfaffen werden freigelassen.

während man jetzt dafür einfache, irregeführte SA-Leute holt. Die Führer läßt man laufen und die Proleten werden dafür eingesperrt. Diese Tatsache muß einen Protestkettens unter allen ehrlichen Nazi-Proleten hervorrufen. Jetzt Schluß mit der „braunen Garde“, her zur roten Front und mit den Kommunisten gekämpft für die soziale und nationale Befreiung, für Freiheit, Arbeit und Brot!

## Polizei schützt die Hitlergardien und prügelt auf die Arbeiter ein

Freiburg. Gememörder Heines kam am 17. Januar nach Freiburg. Die SA aus der weitesten Umgegend hatte mit ihrem Anhang die Säle gefüllt, ein Beweis dafür, daß die Freiburger Arbeiterklasse und mit ihr ein Teil des Bürgertums nichts wissen will von der Gememörderpartei. Die SA hatte vor dem Gasthof „Unter“ mit MA-Artrappen Aufstellung genommen. Viele dieser SA-Proleten hatten mit der Zeit Eisbeine bekommen. Deshalb das Kommando: „Dauerlauf, March-Marsch!“ In ihrer Kriegsmäßigen Anrüstung ging es unter dem Geschäcker der umstehenden Arbeiter im Dauerlauf um den Neumarkt. Erblich, nach einer Stunde Verspätung, kam Heines. O, welche Freude bei den „Braunen“, die aber bald in Keger überging, als man merkte, daß der Empfang durch die Umstehenden ganz anders war, als man sich dachte. Dieser Röhmling mußte sich von den Arbeitern allerhand weniger angenehme Schmeicheleien lassen. Das brachte ihn bald in Horn und er versuchte von der Polizei die Erlaubnis zur Räumung des Platzes zu bekommen. Das wäre ihm allerdings noch schlechter bekommen. Die Arbeiterklasse stimmte spontan das Kampflied „Brüder, zur Sonne...“ an. Wie üblich, ging die Polizei nicht gegen die Nordbanden, sondern gegen die Arbeiter vor. Die Polizeibeamten gingen, wie immer, wenn ihnen die Schuppe zur Seite steht, besonders brutal vor. Hervorgetan haben sich wieder Kruppa, Haase und Ludwig. Nicht nur Arbeiter, sondern selbst Kinder wurden mit dem Gummiknüppel bearbeitet. Einem Arbeiter wurde, nur weil er auf der Straße war, angepöcht, ihn zu verhaften und nach Waldenburg zu schaffen. In diesem Tage zeigte sich wieder deutlich, daß die Polizei nur dazu da ist, um die Nazis zu schützen und den Arbeitern das Recht auf die Straße zu nehmen.

Die Arbeiter werden sich gegen den neuen Terror der Nazis zur Wehr zu setzen wissen. Arbeiter, schließt euch überall zusammen zum Roten Massenkampfschug! Steigert die Einheitsaktion zur Rettung vor Hunger und Frost! Entschet erneut die Antifaschistische Aktion!

# Teilerfolg der Einheitsaktion im Kreis Löwenberg

### Der Landrat muß an 350 demonstrierende Erwerbslose Wurst und Semmeln ausstellen — Die Erwerbslosen werden in noch wichtigerer Zahl wieder aufmarschieren — Die Belegschaft der „Hanke-Mühle“ wied zum Kampf gegen die Ueberstundenhysterie aufgerufen

Löwenberg. Zu der öffentlichen Kreiserverwerbslosenversammlung, die am 19. Januar stattfand, waren etwa 500 Erwerbslose erschienen. Redner, Kollege Seemann, Girschberg, führte zum Thema: „Mittel zum gemeinsamen Kampf gegen die gemeinfame Verelendung“, aus: Die Ursache des Massenelends sei im kapitalistischen System zu suchen: „Profit! Profit!“ Der nötige Lebensbedarf sei nur im Besitze von einigen Profitihähen. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt. Lieber würden die Waren vernichtet, als sie den seit Jahren Hungernden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das Konjunkturforschungsinstitut stellte fest, daß die Krise überwunden sei und ein merkbarer Fortschritt zur Besserung eingetreten sei. Ein Blick in die engere Heimat Greifenberg-Lauban belehrt uns eines Besseren. Es kann doch nicht behauptet werden, daß durch Ganz- bzw. Teilkillegungen wie in Freiburg (Uhrenindustrie), Landeshut (Textilindustrie) die Krise überwunden wird! In der Versammlung wurde eine Delegation gewählt, welche dem Landrat folgende Forderungen vorlegte:

1. Für jeden Unterstützungsempfänger 2 Zentner Kohle und 2 Ztr. Briketts monatlich.
2. Für jeden Unterstützungsempfänger 1 Zentner Kartoffeln monatlich und 1 Brot wöchentlich.
3. Bereitstellung warmer Winterkleidung für jeden Erwerbslosen.
4. Einmalige Auszahlung von 4 Mark für jeden Unterstützungsempfänger und 2 Mark für jedes Kind.

Eine Hungerdemonstration bewegte sich durch die Geschäftsstraße der Stadt zum Landratsamt, um sich die Antwort auf die Forderungen zu holen. Der Landrat erklärte, nicht zu verhandeln, ehe nicht die Massen von der Straße verschwinden würden.

Weiter wurde für die etwa 350 Demonstranten Essen verlangt, welches auch bewilligt wurde.

Jedem Demonstranten wurde eine Portion Wurst mit Semmel verabreicht. Das ist ein Teilerfolg der gemeinsamen Aktion. Die Demonstration bewegte sich wieder zum Versammlungsort und erhielt

dort von der hiesigen Polizei die Wurst verabreicht. Als keine Antwort von der Delegation eintraf, wurde wieder vor das Landratsamt gezogen. Dort erhielten wir die Volkschaft, daß alles abgelehnt sei. Eine große Empörung wurde laut. Mit den Rufen, wie: „Nieder mit dem faschistischen Landrat!“ — „Holt ihn doch raus!“

wurde auf dem Markt demonstriert, um dort eine Kundgebung abzuhalten. Dort wurde mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß in den hiesigen Hanke-Mühle-Werken Ueberstunden geschoben werden. Es wurde an den reformistischen Betriebsrat folgende Resolution abgefasst:

„Die Erwerbslosen der Stadt und des Kreises Löwenberg nehmen mit Entrüstung Kenntnis, daß im Betrieb „Hanke-Mühle“ trotz der ständig steigenden Erwerbslosigkeit die Belegschaft zur Ueberstundenleistung gezwungen wird. Die Erwerbslosen appellieren an den Betriebsrat, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die geeignet sind, die Ueberstundenarbeit zu liquidieren. Die Erwerbslosen schlagen hierzu konkret vor, die Einberufung einer Belegschaftsversammlung, um einen Beschluß dahingehend zu fassen, in Zukunft die Ueberstundenarbeit zu verweigern und den Besitzer zu zwingen, an Stelle dessen die notwendigen Arbeitskräfte neu einzustellen. Kreiserverwerbslosenaussschuh und Erwerbslosenaussschuh Löwenberg.“

Die Kundgebung wurde mit der Mahnung an den hiesigen Landrat geschlossen, so bald wie möglich nochmals unsere Anträge vorzunehmen und zu bewilligen, andernfalls wir in Kürze wieder erscheinen würden, und dann in doppelter Zahl.

Bei der Hege gegen die Aktion der Erwerbslosen hat sich außer der hiesigen „Löwenberger Zeitung“ der Schreiber der „Volksstimme“ eine Auszeichnung verdient. Es wird in einem Artikel behauptet, daß es eine rein kommunistische Sache sei. Weiter wird behauptet, daß nur aus dem Grunde nichts erreicht sei, weil die Sozialdemokraten sich vertragen haben. Dazu sei nur festgestellt, daß es allein darauf ankommt, wer aufmarschiert. Das waren Erwerbslose aller Richtungen, ohne Unterschied auf ihre Organisationszugehörigkeit.

Nicht nur kommunistische, sondern auch sozialdemokratische und Nazi-Erwerbslose waren hier mit aufmarschiert, weil sie gemeinsame Forderungen haben.

Doch die SPD hat deutlich bewiesen, daß sie gegen diese Forderungen ist. Nur so ist die Aufforderung in der SPD-Mitglieder-versammlung am Mittwoch zum Fernbleiben der Erwerbsloserversammlung zu verstehen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind nicht ferngeblieben.

Die gemeinsame Aktion war der erste Schritt, auf den größere wichtigeren Aktionen folgen mußten, um so die Deckung der Greifenberger, Kartoffelmieten und Kohlenhalben zu erzwingen!

Die Belegschaft der „Hanke-Mühle“ darf den Ruf der Erwerbslosen, die Ueberzeitarbeit einzustellen, nicht unerwidert lassen. Schafft das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen! Kämpft um die Erhaltung eurer Hungerlöhne und Bekämpfung der Arbeitszeit, damit ein Teil der erwerbslosen Kollegen wieder Arbeit findet. Laßt dem Betriebsrat keine Ruhe! Sorgt dafür, daß Neuwahlen ausgeschrieben werden und wählt euch dann die besten, ehrlichsten revolutionären Kollegen als Betriebsräte, die gewillt sind, konsequent und rücksichtslos eure Interessen zu vertreten. Auch ihr Kollegen im Betrieb müßt, wie die Erwerbslosen, für eure gemeinsamen Forderungen gemeinsam kämpfen.

5. Januar gestellten diesbezüglichen Winterhilfsanträge, das ließ die gesamte Gemeindevorstellung fast. Auch nicht mit einem Wort wurde die Vinderung der gegenwärtigen Not der Erwerbslosen erwähnt. Diese Tatsache löste im Zuhörerraum eine lebhaft Diskussion unter den Erwerbslosen aus, welche sich nach Schluß der Sitzung auf der Straße in Entrüstungsrufen fortsetzte.

Erwerbslose von Ober-Waldenburg! Laßt euch nicht durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Kampf um eure Winterhilfe abhalten. Schließt euch mit sämtlichen Erwerbslosen im Ort zusammen und zwingt die Gemeinde, durch Massenaufmarsch um Erfüllung eurer beschiedenen Winterhilfsanträge. Stellt euch reißlos hinter eurem seit 2 Jahren gewählten Erwerbslosenaussschuh.

## Berichtigung

Polsnig. In dem Artikel, der am 20. Januar erschienen ist, hat der Druckfehlerzustell gewaltet. Die Landarbeitslehrerinnen wurden nicht auf die Straße gesetzt. Es soll heißen: „Auf die Kasse“. Statt Kasse, muß es der SPD-Genosse Kasse heißen.



# „Vermehret euch und füllet die Erde!“

Van Leo Weiß

So lautet bekanntlich ein Satz in der Bibel. Jeder gutgläubige, fromme Mensch, der mit der Kirche auf gutem Fuße steht und sicher ins Paradies gelangen will, muß diesen Satz befolgen.

In der Nähe der Kruppischen Werke in Essen befindet sich ein großer Häuserblock. Dieser Häuserblock führt den Namen „Siedlung der sozial Bedrängten“ Sozial Bedrängten? Im ersten Moment weiß man nicht, was sich unter diesem Titel verbirgt. Sind hier nicht 80 Prozent der Bevölkerung sozial bedrängt? Leben hier nicht die meisten in kaum geahnter Not?

Aber kaum ist man in den Block hineingekommen, da wird einem, ohne daß man es fragt, klar, was man unter sozial Bedrängten hier versteht. Es sind die kinderreichen Familien. Da gibt es 3 P. ein Haus, in dem nicht weniger als 50 Kinder vorhanden sind. Man muß diese Kinder auf der Straße gesehen haben, um so recht ihre Lage zu begreifen. Rachitis, Lungenkrankheit, Unterernährung und alle möglichen körperlichen Gebrechen hatten ihnen an Wenn hier ein oder zwei Kinder überfahren werden — sagt mir ein Arbeiter aus der Nachbarschaft — da merkt es kaum jemand. Die Mutter kennt den ganzen Tag herum, um irgendwo Nebenverdienst als Aufräumerin oder Malchirau nachzugehen. Der Vater ist an der Stempelstelle, im Wirtshaus oder auf der Karitas.

Ich versuche, in eine Wohnung nach der anderen, vergebens hineinzufindeln. Es ist niemand zu Hause und man öffnet nicht. Endlich gelingt es mir, in eine Wohnung zu gelangen. Auf den Wänden der Küche hängen Heiligenbilder. Eine abgehärmte Arbeiterfrau ist gerade damit beschäftigt, Wäsche zu waschen. Im ersten Moment ist sie der Meinung, ich komme von der Wohlfahrt oder von irgendeinem karitativen Verein und gibt mir bereitwillig Auskunft.

Wo der Mann ist?  
Bei dem Begrüßung eines Kollegen, der vor zwei Tagen verstorben war. Der Mann gehörte dem gleichen Knappheitsverein an, ist bei Professionen sogar Fahnenführer und ein eifriger Schüler der Kirche.

Verst? Bis vor zwei Jahren hatte er Arbeit bei Krupp. 27 Jahre hat er im Betrieb gestanden. Heute leben sie von der Wohlfahrt. Da sie zu den „sozial Bedrängten“ gehören bezahlt die Stadt ein Zimmer der Wohnung. Außerdem erhalten sie 300 Mark in bar und in Lebensmitteln im Werte von ungefähr 150 Mark im Monat. Alles in allem erreicht ihr Einkommen 93,60 Mark monatlich.

Wie groß denn die Familie ist? Elf Personen. Vater, Mutter und neun Kinder. Der Älteste, ein Junge von 17 Jahren, hat bis heute noch nirgends gearbeitet. Sie haben schon öfter versucht ihn irgendwo unterzubringen, aber alle Versuche sind vergebens. Dies obwohl der Pfarrer selbst sich schon sehr bemüht hätte. Aber es geht eben nicht. Eine Strafe Gottes. Eine schwere Zeit, wer weiß, ob man noch einmal bessere Zeiten erleben werde. Denn die Menschen seien sehr lüthhaft. Ihr selbst seien drei Kinder gestorben. Aber dies ist schon lange her.

Da wären Sie also nur acht in der Familie?  
Nein, die drei, die gestorben sind, die zählen ja nicht mit. Zwölf Kinder habe sie zur Welt gebracht.

Wozu? — frage ich. Ob sie denn nicht weiß, daß es Mittel gäbe, um dies zu verhindern. Das sei eine große Sünde, antwortet sie. Sie stehe streng auf dem Boden der Kirche und werde nichts tun, was den Vorschriften der Kirche widerspreche. Der Pfarrer betone immer, daß man gefügig sein muß, und daß man Kinder zur Welt bringen muß.

Diese Antworten erhielt ich dann noch mehrere Male bei einzelnen anderen, die ebenfalls zu den „sozial Bedrängten“ ge-

hörten. Hier erst merkt man, was für eine Macht die Kirche in dieser katholischen Gegend noch besitzt. Sie ist mit einer der stärksten Mächte. Besonders die Frauen stehen stark unter ihrem Einfluß.

Ich sitze in einer Arbeiterwohnung und diskutiere mit einem arbeitslosen Kumpel. Er spricht sehr vernünftig und äußert sehr gesunde Ansichten. Er ist mehr oder weniger über die politische Lage orientiert, kauft sogar jeden Sonntag das „Ruhrecht“, das kommunistische Organ. Im Hause wird die Zentrumszeitung gehalten.

Wir diskutieren über die gegenwärtige politische Lage, über Papen, über die Sozialdemokratie, über die Verhältnisse in der Sowjetunion und über den Ausweg aus der Lage. Er erzählt mir, daß er all diese Lügen über die Sowjetunion keinen Glauben schenkt, weil einige Freunde von ihm, die hinübergegangen sind, ihn über die dortige Lage voll und ganz orientieren. Das Leben dort, sagt er wörtlich, ist wohl so wie hier, aber hoffnungsvoller. Jeder hat Arbeit und jeder weiß, wozu er lebt und womit er seine Tage auszufüllen hat. Hier ist es, als würde einem ewige Nacht umfassen. Man verfällt in Verzweiflung und wenn man so den ganzen Tag im Zimmer sitzt, den Glauben verloren hat, so wieder nützliche Arbeit leisten zu können, dann weiß man selbst nicht, was man anfangen soll.

Ich bemerke einige Heiligenbilder an der Wand, einen ein-

gepackten Zylinderhut und ein silbernes Kreuz auf einem Leuchter neben dem Bett, und sage: Auch hier kann das Leben einen Sinn haben, wenn man den Ausweg sucht und weiß, daß es nicht so sein muß, wie es gegenwärtig ist. Die Arbeiter können und dürfen nicht auf irgendein Wunder warten. Ihre Befreiung ist ihre Sache selbst. Wenn wir hier in Deutschland den Weg gehen, den man in Rußland gegangen ist, dann — das beweist ja das Beispiel Rußlands — werde man auch hier bald Arbeit und Brot haben, dann werde sich die Lage grundlegend bessern, dann werden diese zahlreichen Betriebe, die hier brach liegen, in Gang kommen.

Da fällt plötzlich die Frau ein: Hier, wie in Rußland? Da ist uns Gott davor. Dort haben sie die Kirche in Acht und Bann getan, dort haben sie Gott, dem Herrn und Allmächtigen (wörtlich) L. W.) den Krieg erklärt. Nein, dort, wo es keinen Frieden mit Gott gibt, gibt es überhaupt keinen Frieden. Er zählen Sie mir nichts von Krise, von Not und Elend, das wissen wir am eigenen Leibe. Aber das ist nur eine Strafe Gottes. Wir sind sündhaft, alle sündhaft, und wir müssen die Sünden büßen.

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß diese abgehärmte Frau hier Worte nachplappert, die sie vom Pfarrer in der Kirche oder im Karitasverein gehört hat. Dem Mann sind die schroffen Worte der Frau sichtlich unangenehm. Er erhebt sich und gibt mir zu verstehen, daß ich ihm folgen soll, daß jede weitere Diskussion hier in der Wohnung keinen Sinn hat. Er begleitet mich ein Stück Weges und sagt: „So sind die Frauen. Ich kann nichts dagegen machen. Alle sind sie so. Sehen Sie: ich bin ja selbst noch in der Kirche, gehe sogar an manchen Sonntagen zur Messe. Aber politisch lasse ich mir nichts dreinreden. Da gehe ich meinen Weg. Ich weiß, daß es nur einen Ausweg aus dieser Not gibt, und unter stütze auch bei jeder Aktion die K.P.D. Aber mit den Frauen ist einfach nichts anzufangen und man will schließlich seinen Frieden im Hause haben.“

## Zum Sterben fehlt ein Groschen

Bei Familie Schmidt.

Ueber die Hungerweihnachten waren sie gekommen; die letzten Lebensmittel waren aufgebraucht, die Möglichkeit, durch Borgen etwas zu erhalten, bestand nirgends. Durch Verlegen von Kleidungsstücken zu Geld zu kommen, war ihnen genommen, denn ihr einziges Bestück befanden sich nur Lumpen, für die niemand etwas geben konnte. Versuche, durch die Kirchenwohlfahrtsvereine etwas zu erhalten, schlugen fehl.

Eines Abends sagte Schmidt zu seiner Frau: „Ich halte es nicht mehr aus. Mein lehnlichster Weihnachtswunsch war, für 10 Pf. Seife zu kaufen und haben zu gehen. Es juckt so entsetzlich und zu Hause können wir ja kein warmes Wasser machen. Nicht einmal das können wir. Einer Ausweg aus dieser Lage sehe ich nicht; es wird nur immer schlimmer. Weicht du — wir legen uns zu Bett, machen den Gashahn auf — und dann ist Schluss. Wir haben dann Ruhe...“

Die Kinder bekamen die letzte Stulle, die Mutter zog ihnen das Beste an und legte sie ins Bett.

Nun wollten auch sie sich hinlegen. Da merkten sie, die Gaslampe wurde langsam trübe und ging aus. Sie suchten nach Groschen, suchten verzweifelt nach einem Groschen, um ihr Verhängnis auszuführen; aber es war keiner mehr da.

„Versuche es doch einmal mit dem erkernen aus der Kiste“, rief. So ein letzter Betrug kann uns nichts schaden.“

Er steckte den Groschen rein, aber der Erfolg blieb aus. Er blieb stehen — und nun drehte sich der Automat auch nicht mehr. „Gib mir mal das Messer her.“ Er versuchte, mit dem Messer den Groschen vorwärts zu schieben; er ging nicht vor und nicht zurück.

Verzweifelt gingen sie ins Bett. „Wie schön wäre es gewesen, so zu schlafen und nicht aufwachen zu brauchen. Zu retten sind wir ja doch nicht. Bloß so langsam verhungern, ist entsetzlich!“

Es ist grausam! Die Scheunen und Halben sind voll bis oben hin, und doch haben Millionen über Millionen keine warme Stube und nichts zum Latschen.

Ja, zum Sterben fehlt ihnen sogar ein Groschen. Aber der Selbstmord ist auch kein Ausweg. Es sind Millionen über Millionen, denen es so geht wie Schmidt. Wenn sie sich zusammenschließen, ändern sie mit einem Schlage ihre Lage und können als Mensch leben. Hinein in die Front der Werktätigen! Kämpft mit den Kommunisten gemeinsam gegen Hunger und Frost.

**Jede Arbeiterin,  
Jede werktätige Frau**  
liest „Die Kämpferin“  
Die Zeitung, die für eure Interessen kämpft!

# ECKE für proletarische Kinder!

## Alarm! Gasangriff!!

### Solche Briefe

bekamen wir jetzt oft. Sie berichten uns, daß in den Schulen nicht mehr allein über den Krieg etwas erzählt wird, sondern daß etwas zum Krieg gemacht wird!

Unser Freund Karl aus Delitzsch braucht nicht lange zu spannen. Bestimmt wird die Gaschutzübung abgehalten werden. Ob die Kinder die Übung mitmachen? Nun, das hängt von Karl und all seinen Freunden ab.

Karl muß uns sofort schreiben: Was wird aus dem Gasalarm in Delitzsch?

Doch diese Gasalarme gibt's ja nicht nur in Karls Schule. Überall in Deutschland wird „Gasalarm“ geübt.

### Meldegänger vor die Front!

Mein Vater erzählte mir neulich, daß bei uns in Delitzsch (Bezirk Halle-Merseburg) der ehemalige Oberleutnant Robbach war, der im Kapp-Putsch weiße Gardien befehligte und jetzt Führer der Luftschutztruppe Ekkehard ist. Der hat vor den Bürgermeister, den Stadtverordneten, dem Kriegerverein und den Schulleitern einen Vortrag über den Schutz bei Gasangriffen durch Plieger gehalten. Nach dem Vortrag wurde auf Vorschlag dieses Leutnants beschlossen, auch in unserer Stadt einen solchen Verein für Übungen gegen Gasangriffe zu bilden. Dieser Verein soll dann so einen Pliegerangriff üben. Dabei sollen wir Schüler besonders mithelfen. Der Oberleutnant sagte, daß die

Kinder davon alle begeistert sein sollen. Wir sollen nämlich, wenn der Angriff losgeht, Meldedienst machen. Es sollen nicht Fabriksirenen und die Kirchenglocken läuten, sondern wir Schüler sollen alle Leute auf den Angriff aufmerksam machen. Nun bin ich aber gespannt, ob das gemacht wird. Dann werde wir aber alle Leute auf den Gasangriff aufmerksam machen, daß etwas zum Krieg gemacht wird!

Seld bereit!  
Karl aus Delitzsch

### Achtung! Lügendgas wird abgeblasen!

In unserer Klasse 3g haben wir den Lehrer Barthold. Oft schimpft er über die Sowjetunion. Hauptsächlich merken wir das beim Spielen. Wenn wir uns streiten gegen Ungerechtigkeit, so sagt er: „Still, wir werden es bald so machen wie in der Sowjetunion. Wer meckert, wird erschossen!“ Das haben wir uns nicht gefallen lassen und sprachen: „Erstens sind das Lügen und eine Hetze gegen die Sowjetunion. Und zweitens, wenn wir nur es erst so hätten, wie die russischen Kinder. Sie werden wenigstens nicht in der Schule geschlagen.“ Das war zuviel. Er wurde rot und sprach: „Spielt weiter!“ Denn das war eine große Blamage, von Kindern aufgeklärt zu werden.

Seld bereit!  
Ernst aus Chemnitz-Rottliff.

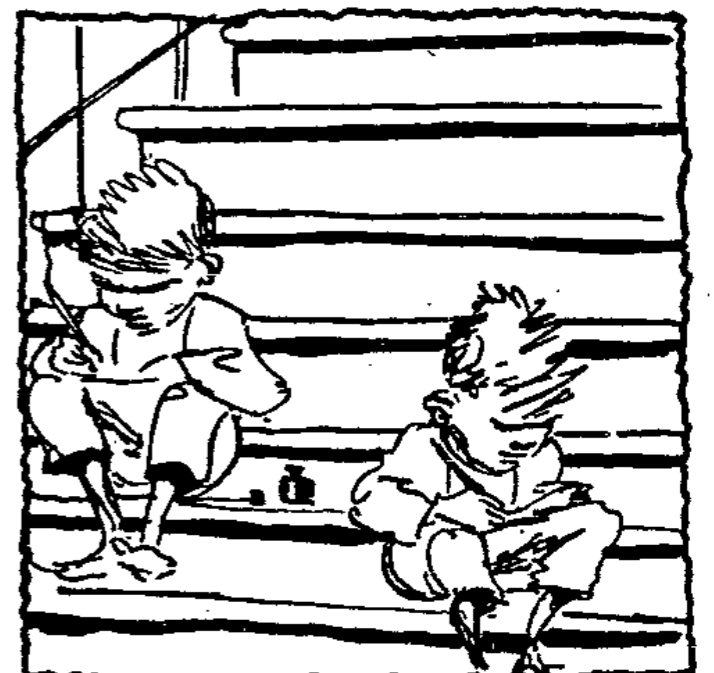
### Rote Meldegänger vor die Front

Herr Robbach, die Faschisten und ihre Freunde rufen Meldegänger vor die Front!

Wir, eure Freunde und Kampfgesossen, rufen: Rote Meldegänger! Vor die Front!

Jeder Leser dieser „Ecke für proletarische Kinder“ muß ein roter Meldegänger sein! Ihr müßt uns Meldung erstatten. Wo wird Lügendgas gegen die Sowjetunion, gegen Arbeiter abgeblasen? Wo, wie und was sagt der Lehrer zum Krieg? Diese zwei Fragen sind sehr wichtig: Du mußt uns Meldung bringen. Unsere Adresse: Kinderecke der „Roten Fahne“, Berlin C 35, Kleine Alexanderstraße 28. Die besten Briefe erhalten ein Buch von uns.

Also los! Wir warten auf deine Meldung!



# Kettet die Meerut-Gefangenen!

## Appell des Internationalen Sekretariats der Liga gegen Imperialismus

Die Henker und Despoten des britischen Imperialismus haben gesprochen! Die Meerut-Gefangenen sind abgeurteilt — nach den endlosen geistigen und körperlichen Qualen dreihunderteinfähriger Gefangenschaft und Prozeßführung. Dieser barbarische Urteilspruch rachsüchtiger Richter wird unsehbar unter allen Klassenbewußten Arbeitern einen Entzückungssturm heraufbeschwören!

Die gefällten Urteile sind Terrorurteile und sind dazu bestimmt, alle Klassenbewußten Elemente — ob Briten oder Indier — von dem Wagnis abzuschrecken, die Sache der unterdrückten indischen Massen zu führen. Der britisch-imperialistische Despotismus begnügt sich nicht damit, ein ganzes Volk in politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft zu halten, den Arbeitern und Bauern das Recht politischer Organisation und freier Meinungsäußerung zu verweigern, jede Verbindung mit der internationalen Arbeiterklasse zu untersagen, die kommunistische Partei und alle revolutionären Organisationen zur Illegalität zu verurteilen, Streikaktionen mit Ausnahmegelegenheit und Maschinengewehren zu bekämpfen, und alle aktiven Elemente der Arbeiterschaft zu verfolgen, ins Gefängnis zu werfen und in die Verbannung zu schicken. Der britische Imperialismus geht darüber hinaus. Jede aktive Betätigung in der Arbeiterbewegung stempelt er zur „Verschwörung“ gegen die „Souveränität des Königs und Kaisers!“ Jede unabhängige Organisation der Arbeiterklasse soll, unter diesem Verwand, von Grund aus zer schlagen werden!

Die wertvollen Massen aller Länder können nicht dulden, daß dieses Verbrechen vollzogen wird. Dem Druck der öffentlichen Meinung und der Massenproteste gegen dieses ungeheuerliche Verbrechen ist es — bis zu einem gewissen Grade — zu verdanken, daß nicht noch schwerere Urteile gefällt wurden. Aber die verhängten Urteile sind hart genug! Sie bedeuten praktisch den qualvollen Tod für die Gefangenen!

**Gewerkschaften!** Die Meerut-Gefangenen kämpften und kämpften für die elementarsten gewerkschaftlichen Rechte!

**Arbeiter und wertvolle Bauern!** Die Sache der Meerut-Gefangenen ist eure Sache!

**Antimperialisten!** Der Meerut-Prozeß steht im Brennpunkt des Kampfes gegen die Greuel imperialistischer Herrschaft!

Wir appellieren an jeden und an alle, die mit den Opfern der imperialistischen Unterdrückung sympathisieren, mit vereinzelter Kraft für die Freilassung der Arbeiterführer von Meerut zu kämpfen!

Organisiert Versammlungen und Demonstrationen. Verbindet die Meerut-Kampagne mit dem Kampf für die Freilassung Huan-Pings, der Kueggs, der Scottsboro-Regierungen und aller anderen Opfer des Klassenerrors! Bestärkt mit euren Protesten den India Office, London, und die Vertreter des britischen Imperialismus in allen Ländern.

## Kuegg wieder im Hungerstreik

Schanghai, 23. Januar. (Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Die Öffentlichkeit, die dieser Tage sich mit den Manfanger Nachrichten über die Verhaftung Huanpings zu befassen hatte wird neuerdings durch die Nachricht von einem Hungerstreik der Chepares Kuegg alarmiert. Die ungenießbare Nahrung und die hermetische Absperrung von der Außenwelt und die sich immer mehrenden Brutalitäten seitens des Aufsichtspersonals, erzwingen diesen Schritt der Verzweiflung.

Die Nachricht vom Hungerstreik hat in Schanghai einen tiefen Eindruck gemacht und wiederholt haben zahlreiche Organisationen und Gewerkschaften Vorstellungen beim chinesischen Justizministerium erhoben. Das Internationale Komitee zur Rettung Paul und Gertrud Kueggs hat durch die Person des Verteidigers neue Informationen eingezogen und plant neue Protestschritte.

## Sozialdemokratie will Hungerregierung

**Boucour retten**

**Kompromiß mit dem Finanzprogramm Chérons**

Paris, 23. Januar. Im Finanzansatz der französischen Kammer ist es zu einer Einigung hinsichtlich des Finanzprojektes Chérons' und des sozialistischen „Gegen“vorschlages gekommen. Zu dieser Einigung kam es vor allem dank der Bemühungen des sozialistischen Führers Blum für die Rettung des Ministeriums Paul-Boucour.

Die Vereinigung der Roten Gewerkschaften veröffentlicht einen Protest gegen die Finanzpläne Chérons und fordert alle Gewerkschaften auf, das Vorgehen der Vereinigung der Roten Beamteneverbände zu unterstützen und Massenproteste gegen die verstärkte Steuerbelastung zu organisieren.

Morgen werden die Vorstände des roten und des reformistischen Sozialverbandes zusammentreten, um gemeinsame Aktionsbeschlüsse zu beraten. Es ist dies seit der Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung das erstmal, daß es zu einem solchen Zusammengehen kommt, worin sich der ungeheure Druck zeigt, den die Massen auf die reformistischen Gewerkschaftsführer ausüben.

## Kasernensturm tschechischer Faschisten

Prag, 23. Januar. In der Nacht zum Sonntag unternahmen Mitglieder der tschechischen faschistischen Partei des Generals Gajda einen abenteuerlichen Sturm auf die Militärfestung des 43. Infanterieregimentes in Brünn. Es gelang den Faschisten, in die Kasernen einzudringen und die Wache zu entwaffnen. Einige Offiziere sollen mit den Faschisten unter einer Decke geflohen sein. Den Soldaten gelang es, eine größere Polizeieinheit zu alarmieren, die ihnen zu Hilfe eilte, worauf die Verschwörer wieder aus der Kaserne entfernt wurden. Der Führer der tschechischen Partei, General Gajda, ist in Haft genommen worden.

## Der Weg eines Verräters

Madrid, 22. Januar. Der vor mehreren Wochen von der Internationalen Kontrollkommission aus den Reihen der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Spaniens wegen seiner konterrevolutionären Umtriebe ausgeschlossene Verräter und Gegenrevolutionär Manuel Adams hat seine Aufnahme in die Sozialistische Partei Spaniens beantragt. Die Sozialisten haben diesen Verräter an der spanischen Revolution mit offenen Armen aufgenommen.

## Arbeitslosendemonstration in Chicago

Am Freitag fand in Chicago eine große Demonstration von etwa 10.000 Arbeitslosen in der Nähe der Wohlfahrtsstelle statt. Die Demonstranten wurden von der Polizei überfallen, die mit Gummiknüppeln auf die Menge einschlug. Die Arbeiter legten sich mit Steinen und Holzknüppeln zur Wehr. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. Erst nach Hinzuziehung großer Verstärkungen gelang es der Polizei, die Demonstration auseinanderzuschlagen.

# Internationale Streifwelle

## Schwere Streikkämpfe im Lodzer Industriebezirk

Warschau, 23. Januar. Im Lodzer Industriebezirk ist es in den letzten Tagen zu neuen Arbeiterunruhen gekommen. Die Arbeiter kürzten u. a. das Verwaltungsgebäude der großen Witzjower Manufaktur und ruhten durch ein starkes Polzeiaufgebot zur Räumung dieses Großbetriebes gezwungen werden. In einer anderen Fabrik führten die Arbeiter infolge von schweren Lohnstreiks den Direktor und die leitenden Beamten auf Schubkarren aus dem Hause und verhinderten sie daran, wieder die Fabrikgebäude zu betreten. In mehreren Unternehmen dauern die Streiks an, die sich gegen die Herabsetzung der Arbeitslöhne um 10 bis 12 Prozent richten.

## 6000 in Armentieres

Paris, 23. Januar. Die 6000 Textilarbeiter von Armentieres, die nun schon seit fast zwei Wochen im Streik gegen einen Lohnabbau stehen, haben in einer großen Versammlung beschlossen, den Streik fortzusetzen, da die Unternehmer in das angebotene Abkommen hinterhältige Klauseln eingeschmuggelt haben, die einen weiteren Lohnabbau ermöglichen. Am Sonntagabend fand eine große Demonstration der Streikenden in den Straßen von Armentieres statt, an der trotz der eifigen Kälte viele Tausende von Arbeitern teilnahmen.

## Generalstreik im Autoverkehr der Tschechoslowakei

Prag, 23. Januar. Der Generalstreik der Kraftwagenunternehmer und Taxifahrer hat am Montag früh in der ganzen Tschechoslowakei eingesetzt. In den Prager Straßen sieht man nicht einen einzigen Kraftwagen. Vor den Bahnhöfen stehen nur einige Pferdewagen. Die Kraftwagenführer haben für Montag nachmittag eine Protestversammlung einberufen, der eine Entschließung vorgelegt werden soll, in der es u. a. heißt: „Wir führen den Kampf gegen das neue Verkehrsgezet zur Rettung

unserer Existenz bis in alle Konsequenzen. Wir fordern sofortige Abschaffung des neuen Automobilgesetzes, Abschaffung der Verkehrssteuer, Einstellung der Exekutionen und Abschaffung des Gesetzes über die Spielzeugbeimischung für Benzin.“

Auf Grund des neuen Automobilgesetzes sind in den letzten Wochen in der Tschechoslowakei 20.000 Automobile abgemeldet worden, davon in Prag allein über 5000, ein Viertel der in Benutzung befindlichen Privatkraftwagen. Die Steuereinnahme ist bedeutend zurückgegangen.

## Kleine Meldungen

17 koreanische Kommunisten wurden verhaftet unter der Beschuldigung, daß sie in Korea die kommunistische Partei organisiert haben und den Kampf gegen die japanische Kolonialherrschaft in Korea und gegen den japanischen Raubkrieg führen.

Die Wahlen im irischen Freistaat haben am Sonntag stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat die Partei De Valeras eine Schlappe erlitten. Die Cosgrave-Partei hat zwar nicht die Mehrheit erhalten, jedoch besitzt sie mit anderen englandfreundlichen Gruppen die Majorität im neuen Landtag. Am Vorabend der Wahlen ist es zu schweren Zusammenstößen sowohl in Dublin wie in Tralee gekommen. Die faschistischen Nordabteilungen Cosgraves, der mit Hitler nicht nur gemeinsam hat, daß er von den englischen Finanzkapitalisten finanziert wird, sondern auch, daß er ein ausgeprägter Anwalt des englischen Imperialismus ist, versuchten, Anhänger der „Irishen Republikanischen Armee“ zu überfallen, wurden dabei jedoch von den letzteren blutig zurückgeschlagen.

2000 Tote im Chaco-Krieg werden allein in den letzten zwei Monaten gezählt. Seit Freitag tobt bei Manava die größte Schlacht zwischen den paraguayischen und bolivianischen Truppen seit Ausbruch der Kämpfe.

## MATE SALKA VON MILITARISCHEN GEHEIMNISSEN

Im ärgsten Organisationsstrubel der literarischen Vereintigung der Roten Armee und Flotte kam einer der bekanntesten Schriftsteller der Gegenwart zu mir und sagte, dabei den Knopf meiner Jacke drehend, im Tone eines Menschen, der gewohnt ist, vor Zuhörern kluge Worte zu sprechen: „Wie denkst du eigentlich, mein Lieber, über die Arbeit der Schriftsteller in der Armee? Die Schriftsteller sind — wenigstens die meisten von ihnen — sehr neugierige, bis zur Unmöglichkeit geschwätige Menschen. Das kann unangenehme Geschichten zur Folge haben. Die Vereintigung muß darauf achten, daß unsere Genossen, ohne es zu beabsichtigen, nicht irgendwelche militärischen Geheimnisse ausplaudern.“

Als ich mich an den Tisch setzte, um diese Skizze von dem „Woroschilow-Subotnik“ (Stoßbrigade) der Perekopischen „Rote-Fahnen“-Division zu schreiben, dachte ich nicht an die goldenen Worte meines Zeitgenossen, des bekannten Sowjetdichters. Nachdem ich die Skizze beendet hatte, überlas ich sie und sah, daß diese Worte notwendig sei, — da es sonst unbegreiflich wäre, wie ich dazu kam, als verantwortlicher Arbeiter der literarischen Vereintigung der Roten Armee und Flotte, von den wichtigsten militärischen Geheimnissen der Roten Armee zu sprechen.

## Eine geschichtliche Erläuterung

Bei der Durcharbeitung des Beschlusses der Juni-Plenarung des Zentralkomitees hatten die Jungkommunisten des Werchnefamsker Schützenregimentes in ihre Beschlüsse den Vorschlag aufgenommen, einen Subotnik zum Einbringen der Ernte zu organisieren. Dieser Beschluß wurde auf Instanzweg weitergeleitet und gelangte bald in die Hände der Polit-Abteilung der Division.

Dies fiel mit der Durchführung eines Abschnittes der Massenarbeit — mit dem Radiomeeting der Division — zusammen. Auf Befehl der Polit-Abteilung der Division hin wurde der Beschluß der Werchnefamsker Komsojolen auf dem Meeting bekanntgegeben. Der Vorschlag der Werchnefamsker fand freudigste Zustimmung. Die Division, die zum größten Teil aus Dorf- und

Kolchos-Jugend bestand, begrüßte ihn an Stelle des gewöhnlichen dreifachen mit einem sechsfachen „Hurra“.

Nach den Vorschlägen kamen sofort die Präzisionen: das Samoilowregiment forderte das Baumann-Regiment, die Baumannschen das Orchow-Sujewo-Regiment, die letzteren die Zaitische Infanterieschule zum Wettbewerb auf und die Sache ging, wie man zu sagen pflegt, „wie geschmiert“.

Die Division verließ dem Subotnik, ohne daß es von jemand vorgeschlagen worden wäre, einstimmig den Namen des Führers der Armee. So entstand der „Woroschilow-Subotnik“.

Während die Anforderungen von einem Regiment zum anderen flogen und die an verschiedene Zeitungen gesandten Telegramme auf den Redaktionstischen lagen, fand das Zentralorgan „Prawda“ in dem Vorschlag einen tiefen politischen Sinn und proklamierte die Lösung: „Die Perekopischen sind tüchtige Kerle, man muß ihrem Beispiel folgen.“

## Wort und Tat

In der Politischen Abteilung der Division herrschte reges Leben. Sie hatte fest beschlossen, den Gedanken des „Woroschilow-Subotniks“ in die Tat umzusetzen.

In der Direktive der Politischen Abteilung der Division hieß es:

„Das Kommando und die Rotarmisten der Division müssen im sozialistischen Wettbewerb und in Sturmbrigaden ein Vorbild kommunistischer Arbeit geben, wie sie auf Grund der hohen militärischen Vorbereitung der einzelnen Teile der Perekop-Division möglich ist.“

Die Politische Abteilung der Division wurde zum Kriegsstab und die Angelegenheit wurde großzügig in Angriff genommen. Die Rotarmisten erklärten in ihren Regiments-, Bataillons- und Batterie-Versammlungen ihre völlige Bereitschaft.

Zu gleicher Zeit trat die spezielle, für diesen Zweck geschaffene operative Dreimänner-Kommission mit dem Stadtkomitee in Verbindung und es wurden besondere „Kampfszenen“ bestimmt. Das Lager verwandelte sich in eine Agitationsbasis. Es wurden Plakate, Schilder und Losungen entworfen.

„Alle — zur Attacke der zweiten bolschewistischen Ernte!“

Die Staats- und Kollektivwirtschaften, in denen gerade um diese Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gearbeitet wurde, brauchten dringend weitere Arbeitskräfte. Glücklich griffen sie den Vorschlag der Division auf. In der vereinigten Sitzung

der Dreimänner-Kommission und der Vertreter der Kollektivwirtschaften, Staatsgüter und des Stadtrates der Gewerkschaftsverbände herrschte eine gehobene Stimmung. Die Vertreter der Staats- und Kollektivwirtschaften kämpften um jeden übrigen Rotarmisten und Kommandeur.

In der nächsten Sitzung wurde der Vorschlag der Fabriken, die das Chestum über die Division übernehmen hatten, bekannt gemacht, die erklärten, daß alle Schichtenbelegschaften der Fabriken, die am Tage des Subotnik nicht arbeiten, weil ihr Ruhetag ist, die Arbeit mit ihren Regimentern teilen wollen. Auch von den Chefrauen des Kommandobestandes war ein Vorschlag eingebracht worden, daß sie sich am Subotnik beteiligen wollen.

Die Arbeiter und die Frauen wurden sofort ins „System“ einbezogen.

Man beschloß, am 10. Juli (Ruhetag der Division) wie sonst Dienst zu tun, am 11. Juli aber auf die Felder zur Durchführung des Subotniks auszurücken.

Die Felder einer Unmenge kleiner vorstädtischer Kollektivwirtschaften und einiger von der Stadt etwas weiter entfernter großer Staatsgüter, wie z. B. des „Odesaer Agrokombinats“, des „Staatsgutes des 16. Parteitages“, des Staatsgutes „Steg des Feldarbeiters“, der Kollektivwirtschaften von Tschubajew und Lufdorf usw. wurden unter die einzelnen Regimente der Division, die Arbeiter- und Frauenabteilungen verteilt. Gruppen der Teilnehmer begaben sich zur Durchführung des Subotniks nach den Bezirken Woidspol und Traspol.

## Die Division auf dem Marsch

Die über den „Feind“, seine Lage und seine „Stellungen“ vorliegenden Nachrichten wurden in der zweiten operativen Dreimänner-Kommission präzisiert. Es stellte sich heraus, daß der „Feind“ verschiedenartig gefaltet sei und daß seine „Stellungen“ sich von allen bisher bekannten taktischen Systemen unterscheiden. Es fand fest, daß der „Feind“ die Stadt in einem engen Ring umfaßt hielt, eine eigentliche Front gab es nicht, der „Feind“ befand sich bald dicht vor der Stadt, bald in einer Entfernung von 30 Kilometer und mehr. Dabei hatte sich der „Feind“ bald in Gruppen und Abteilungen, in einer stellenweise systemlosen Anhäufung zusammengeballt; bald sich stellenweise in einer unebenmäßig breiten, geraden Front entfaltet...

(Fortsetzung folgt)

# WERTHEIM Inventur-Verkauf

Beginn 24. Januar

## so billig wie noch nie

Wir bringen in diesem Inventur-Verkauf große Warenmengen zu außerordentlich herabgesetzten Preisen sowie viele Gelegenheitsposten

### Einige Beispiele:

<b>Ein Posten Taghemden</b> -38 <small>m. Stickerei, Vollachsel und Trägerform . . . . . jetzt</small>	<b>Ein Posten Landhaus-Gardinen</b> -06 <small>Serie IV III II Serie I                  jetzt -.28 -.22 -.12</small>	<b>Großer Posten Stoff-Handschuhe</b> -28 <small>Ser. III -.58 Ser. II -.42 Ser. I</small>	<b>Ein Posten Selbstbinder</b> -48 <small>reine Seide, große Musterauswahl . . . . . jetzt -.68</small>
<b>Crêpe-Frisé</b> -68 <small>Seide mit Kunstseide, zarte Pastellfarben . . . . . jetzt Meter</small>	<b>Einmaliger Restposten Trikotagen</b> -10 <small>und Strümpfe, Einzelstücke zum Aussuchen . . . jedes Stück</small>	<b>Filzhüte für Damen garniert</b> -45 <small>Serie IV III II Serie I                  1.75 1.25 -.85</small>	<b>Wickelschürzen</b> -88 <small>für Damen, Zephr, Durchsteckform . . . . . jetzt 1.98</small>
<b>Woll-Craquelé</b> -98 <small>modernes Gewebe in vielen neuen Farben . . . . . jetzt Meter</small>	<b>Ein Posten Westen, Kragen</b> -12 <small>jetzt -.95 -.75 -.45</small>	<b>Großer Sonderposten Lumberjacks</b> -78 <small>modern garniert, jetzt -.98</small>	<b>Hüfthalter</b> 1.68 <small>Satin-Drell, seitlich zum Haken mit Schnürung, lange Form jetzt</small>
<b>Umschlagschuhe</b> 1.45 <small>für Damen, Kamelhaar und Wolle, Filz- u. Ledersohle jetzt</small>	<b>Damenkleider</b> 2.90 <small>aus Waschsaum oder Tweed-Cheviot . . . . . jetzt</small>	<b>Damenmäntel</b> 6.75 <small>Bouclé mit Pelzkragen, ganz gefüttert . . . . . jetzt</small>	<b>Handtasche</b> 2.45 <small>Vollrindleder, m. Reißverschluss, Molré-Futter . . . . . jetzt</small>
<b>Tischdecke</b> 1.78 <small>halbleinen Jacquard ca. 130 x 150 cm. . . . . jetzt</small>	<b>Damenkleider</b> 9.75 <small>reinwollene Stoffe od. Flanella bis zu den größten Weiten jetzt</small>	<b>Ein Posten Herren-Anzüge</b> 8.90 <small>Sakko- oder Sportform jetzt 19.75 14.75</small>	<b>Dam.-Blusen</b> 2.85 <small>kunstseiden Marocaïn, sportlich verarbeitet . . . . . jetzt</small>

### Eisenbahnerversammlung in Beuthen OS.

## Nach Beuthener Eisenbahner für Kampfmobilisierung

Beuthen OS. Am 20. Januar d. J. fand in Beuthen OS. eine Eisenbahnerversammlung statt, welche besonders von den unorganisierten und solchen im reformistischen Einheitsverbande organisierten Betriebsarbeitern der größeren Dienststellen von Beuthen OS., sowie von den in letzter Zeit entlassenen Eisenbahner-Kollegen besucht war. Die Versammlung nahm Stellung zu der sich dauernd verschärfenden Wirtschaftskrise, sowie der sich daraus entwickelnden Kriegsgefahren, und beschäftigte sich im besonderen mit der Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz, den bevorstehenden Betriebsrätewahlen und den Zuständen in der RW.-Betriebskrankenkasse sowie der Arbeiter-Pensionskasse.

Die Ausführungen des Redners zeigten, wie die Schleicher-Regierung aus der Krise herauskommen will, indem diese alle Lasten der Krise der werkschließenden Bevölkerung aufzubürden versucht. In diesem Zusammenhang wurde aufgezeigt, in wieweit wir vor der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges stehen, und daß es gilt, für den revolutionären Ausweg, im Zeichen der Einheitsfrontaktion, alle Arbeiter gegen die Unternehmerrückwärtsbewegung mobil zu machen. Ebenfalls mußten die Betriebsrätewahlen gut vorbereitet und auf die Höhe organisiert werden. Die Arbeiterklasse in ganz Deutschland ist nicht mehr willig, weiter zu dulden. Die Gewerkschaftsbürokratie sabotiert den Kampf der Arbeiterklasse, indem diese den Kurs der Schleicher-Regierung unterstützen. Die RWG. und die roten Verbände haben sich die Aufgabe gestellt, den Kampf der Arbeiterklasse zu führen und sie über das verräterische Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD. aufzuklären und die praktische Kampfmobilisierung vorwärts zu treiben.

Aus der Aussprache aller anwesenden Eisenbahnerkollegen war ersichtlich, daß die Eisenbahner in Beuthen OS. nicht mehr gewillt sind, weitere Verschlechterungen auf sich zu nehmen, sondern sie werden darüber hinaus den Kampf gegen Faschismus, verräterische Gewerkschaftsbürokratie, Schleicher-Kurs und jede Kriegsgefahr organisieren. Sie gelobten, sofort alle Betriebskollegen in ihren Dienststellen für die bevorstehenden Betriebsrätewahlen mobil zu machen, und nur solche Kollegen als Betriebsräte kandidieren zu lassen, die tatsächlich den Kampf gegen jede Verschlechterung durchführen wollen. Trotzdem sich in den Dienststellen von Beuthen OS. die christlichen und reformistischen Betriebsräte weigern, Delegiertenversammlungen abzuhalten, erklärten die anwesenden Betriebsarbeiter, doch noch Delegierte zur Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz zu entsenden. In den Zuständen in der Arbeiter-Pensionskasse I und der RW.-Betriebskrankenkasse Oppeln wurde beschlossen, an die Aufsichtsbehörde der RW.-Betriebskrankenkasse Oppeln bezüglich der Mißwirtschaft in der Krankenkassenverwaltung folgende Entschlieung zu senden und die Eisenbahner zum Kampf gegen die Mißstände zu mobilisieren.

#### Entschlieung!

Die Eisenbahnerversammlung, die am 20. Januar d. J. in Beuthen OS. stattfand, in der besonders die Betriebsarbeiter der größeren Dienststellen von Beuthen OS. und die in letzter Zeit entlassenen Eisenbahner vertreten waren, beschäftigte sich mit der Mißwirtschaft in der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse Oppeln. Die versammelten Betriebsarbeiter stellen fest, daß nicht der angeblich hohe Krankenstand in unserem Bezirk die Ursache ist, für die an den Krankenkassenmitgliedern bis fast auf ein Nichts herabgedrückten Leistungen, sondern daß die vom Vorstand der RW.-Betriebskrankenkasse geführte Mißwirtschaft daran die Schuld trägt, daß den Krankenkassenmitgliedern die Leistungen bis auf ein Nichts abgebaut wurden. Die Krankenkassenmitglieder werden dadurch im Falle ihrer Krankheit durch die Krankenkassenkommission desto mehr beschneitelt werden und ihr Leben davon tragen müssen.

Die versammelten Betriebsarbeiter fordern daher von der Reichsbahn-Direktion Oppeln als Aufsichtsbehörde der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse, daß diese den gesamten Krankenkassenverband ihres Amtes entsetzt.

und schnellstens die Krankenkassenneuwahlen einleitet, damit die RW.-Betriebskrankenkasse von dem Schlimmsten bewahrt bleibt.

Von den Krankenkassenausschuhvertretern des Einheitsverbandes, der DdG. und des AEW., wurde diese Mißwirtschaft in der RW.-Betriebskrankenkasse Oppeln gebührend, indem diese bei der Vertreterkongress dem Krankenkassenvorstand die Entlastung erteilen. Die versammelten Betriebsarbeiter fordern von ihnen daher, daß sie sofort ihre Ämter als Vertreter niederlegen, und machen sich zur Aufgabe, mit den Krankenkassenmitgliedern aller Dienststellen von Beuthen O.-S. gegen solche Zustände rückwärtslos den Kampf zu führen.

Die versammelten Betriebsarbeiter der Eisenbahnerversammlung am 20. Januar 1933, Beuthen OS.

Ferner erklärten sich die anwesenden Betriebsarbeiter bereit, den Kampf für die Rückgängigmachung der Rentenkürzungen und Beitragsverhöhungen in der Arbeiter-Pensionskasse I zu organisieren. Renaufnahmen in den Verband der Eisenbahner RWG. konnten wiederum aus dem Kreis der unorganisierten Kollegen gemacht werden.

Sofort müssen die Eisenbahner in allen Dienststellen zu der Versammlung der Eisenbahner Stellung nehmen, insbesondere zur deutsch-polnischen Betriebsdelegierten-Konferenz, um Delegierte zu wählen.

Immer drohender erhebt die kapitalistische Krise ihr Haupt auch über die Eisenbahner. Gegen alle Saboteure der Kampfeinheit der Eisenbahner muß der Kampf ausgenommen werden. Die Eisenbahner haben als Arbeiter des wichtigsten Verkehrsbetriebes große Aufgaben im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, im Zusammenhang mit dem Kohlenraub, drohenden Entlassungen. Schmiebet mit den Eisenbahner von Ost-Oberschlesien die internationale Kampffront über alle Grenzen hinweg, gegen die kapitalistische Ausbeuter und Unterdrücker sowie Kriegshäher und Kriegstreiber.

### Mit Tränengas und Polizeihunden gegen erwerbslose Bergarbeiter

Kattowitz. Alle bisherigen polizeilichen Maßnahmen gegen den wilden Kohlenabbau in Ostoberschlesien haben nur wenig Erfolg gehabt. Obwohl zahlreiche Schächte gesprengt und auch die Kontrollen



1. GEMEINSAME KAMPFORGAN DER ARBEITER UND BAUERN DEUTSCHLANDS UND POLENS

### Margismus in der Gegenwart!

## Wie der „Sozialismus“ der SPD. aussieht

Auf dem Magdeburger Parteitag der SPD. sagte am 28. Mai 1929 (Parteitagsprotokoll S. 109) Wilhelm Dittmann:

„Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Uebergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch, sozial.“

Sozialdemokratische Arbeiter, jetzt könnt ihr urteilen über die „sozialistische Lehre“ der SPD.-Führer, die auch die allmächtige Diktatur des Kapitalismus als Sozialismus hinstellen wollen!

Es gibt keinen anderen Weg zum Sozialismus, als den revolutionären Weg, den Marx und Engels lehrten und den die russische Arbeiterklasse unter Führung Lenins und der Kommunisten ging.

Nur die Kommunisten sind Margisten!

Der Abfahrtswege von den Notzuschächten streng gehandhabt wurden, war der wilde Kohlenabbau und Handel nicht zu unterbinden.

Um nunmehr den Arbeitslosen den Abbaubetrieb völlig unmöglich zu machen, werden die Notzuschächte von der Polizei unter Tränengas gelegt. Auf dem Gelände bei Fischeuau ist diese Maßnahme bereits durchgeführt worden. Nachdem man auf diese Weise die Arbeitslosen zum Verlassen der Notzuschächte gezwungen hatte, wurden sie von Polizeibeamten mit Hunderten von dem Gelände vertrieben.

Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Hindenburg, wo die arbeitslosen Bergarbeiter und Familien in den Herbstmonaten des vergangenen Jahres die Kohlenhalden der Konfordiagrube bestürmten und wo man mit Werkpolizei und Polizei-Überfallkommando die Bergarbeiter, Frauen und Kinder mit dem Gummiknüppel von den Halden trieb und die Werkpolizei durch Schüsse einen Jungarbeiter niederstreckte. 150 000 Erwerbslose in Ostoberschlesien und 200 000 Erwerbslose in Ostoberschlesien hungern und frieren, während die Kohlenhalden anfangen zu brennen und die Bergarbeiter in Ostoberschlesien unter Lebensgefahr Kohle bubdeln. Der ganze Wahnsinn der kapitalistischen Hungerordnung wird immer offener. Mit Tränengas, Polizei und Polizeihunden und der Werkpolizei, sichert die kapitalistische Klasse das „Privateigentum“, den Ueberfluß und mögen dabei Millionen Menschen, Frauen und Kinder hungern, frieren und zugrunde gehen.

Erwerbslose von Ost- und Ostoberschlesien! Her mit dem Kampfbandnis über alle Grenzen hinweg, für die Deckung der überfüllten Lebensmittelspeicher und frei mit den Kohlenhalden für die hungernden und frierenden Massen. Stempelstellen, entsendet Delegationen zum Internationalen deutsch-polnischen Freiheitskongress am 28. Januar als Ausdruck eurer internationalen Kampfverbundenheit im Zeichen des proletarischen Internationalismus.

### Stalin-Rede als Broschüre

In den nächsten Tagen erscheint die Rede des Genossen Stalin auf der Tagung des vereinigten Plenums des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Sowjetunion als Massenbroschüre.

Diese Rede zu den Werktätigen der Welt über die Bedeutung des regelrechten sozialistischen Aufbaues, gilt es in hunderttausenden Exemplaren zu verbreiten.

Die Broschüre wird voraussichtlich 10 Pfennig kosten.